

Historische und rechtliche  
Beleuchtung

des

von Preußen, Sachsen und Hannover

ausgegangenen

Verfassungsentwurfes

für das deutsche Reich

sowie der

von den drei Kronen veröffentlichten authentischen  
Auslegung

mit besonderer Rücksicht

auf den

österreichischen Kaiserstaat.

Von

Johann Sporschl.

---

Leipzig, 1849.

Verlag von Ignaz Jachowiz.

Erklärung der

Verordnung

der

Universität



der

der

der

der

der

der

der

der

der



Die Deutschen haben die im Uebermaße erlangte Freiheit im Uebermaße mißbraucht. Ihr reiches Wissen zeigte sich unverknüpft mit Erfahrung, die nur durch große Männer zu ersetzen ist, an denen es Deutschland fehlt. Der Mangel an politischer Erfahrung drückte selbst jenen vom Strome der Zeit emporgetragenen Charakteren, welche sittliche Gediegenheit bewiesen, eine Einseitigkeit auf, die ihre Wirksamkeit unheilbringend machte, weil sie eine falsche Richtung nahm. Dieser Vorwurf trifft insbesondere jene hervorragenden Männer in der deutschen Nationalversammlung, welche durch hohe Talente und eminente Persönlichkeit eine Art geistiger Herrschaft über dieselbe erlangten, aber das erhabene Ziel der Einheit und Größe Deutschlands dort suchten, wo es nicht zu finden ist, in der unnatürlichen Vermählung der Volkssouverainetät mit einer erblichen Kaiserkrone, welche die deutschen Stämme nicht wollen, und die Der verschmähte, dem sie angetragen worden ist. Das Ziel wurde nicht erreicht, das mühsam errungene Uebergewicht jener Männer brach zusammen, es ging über an die schlimmsten Elemente der deutschen Nationalversammlung, und diese selbst, des festen Rechtsbodens längst verlustig, ist zu einem französischen Diminutivconvent ohne Macht herabgesunken. Wer Deutschland retten will, darf nicht der Demokratie allein huldigen, er muß den Muth haben, die Aristokratie als auch einen berechtigten Factor anzuerkennen, und die heilige Macht der Fürsten offen als übergeordnet zu ehren und nicht bloß im Stillen anzubeten.

Es war natürlich, daß nach der Befreiung Deutschlands vom Joche Napoleons der Wunsch nach einem deutschen Kaiser laut wurde. Das tausendjährige deutsche Reich war im Jahre 1806 keineswegs rechtskräftig, sondern durch Empörung jener Fürsten erloschen, die zuerst zu Paris den Rheinbund mit Napoleon schlossen, dann in höchst beleidigender Weise dem Reichstage zu Regensburg ihren Austritt aus dem deutschen Reichskörper an-



zeigten, während der französische Kaiser erklären ließ, „daß er das Dasein der deutschen Verfassung nicht mehr, wohl aber die vollkommene und absolute Souverainetät jedes der Fürsten, deren Staaten heutzutage Deutschland ausmachen, anerkenne und mit ihnen dieselben Verhältnisse bewahre, wie mit den übrigen unabhängigen Mächten Europas.“ Nimmermehr konnte dieser einseitige Austritt einer Anzahl Fürsten aus dem deutschen Reichsverbande denselben für sie rechtlich lösen. Auch indem der römisch-deutsche Kaiser Franz der Zweite durch offene Briefe vom 6. August 1806 das Band, welches ihn bisher an den deutschen Reichskörper gebunden, als gelöst, und das reichsoberhauptliche Amt und dessen Würde durch die Vereinigung der conföderirten Stände für erloschen erklärte, war weder das deutsche Reich noch seine Verfassung rechtlich aufgehoben, wenn gleich nicht geleugnet werden kann, daß dies einerseits durch den Austritt der Rheinbundsfürsten, und andererseits durch den Austritt des Kaisers von Oesterreich mit seinen sämtlichen deutschen Provinzen und Reichsländern, thatsächlich so gut wie vollbracht war. Noch immer würde denjenigen deutschen Kurfürsten, welche wie Brandenburg, Sachsen, Kurhessen, Hannover dem Rheinbunde nicht beigetreten waren, das Recht zugestanden haben, zu einer neuen Kaiserwahl zu schreiten. Sie thaten es nicht nur nicht, traten vielmehr wie Sachsen dem Rheinbunde bei, oder erkannten ihn wie Brandenburg an. Nur die vertriebenen Häuser Kurhessen und Braunschweig und das seiner deutschen Länder beraubte Haus Hannover haben den Rheinbund niemals, und erst nach Napoleons Sturze die Auflösung des deutschen Reiches zwar nicht ausdrücklich, aber wohl durch ihren Beitritt zum deutschen Bunde stillschweigend anerkannt.

Die Drangsale seit dem Ausbruche des französischen Revolutionskrieges, die fürchterliche Knechtung durch Napoleon, wurden nicht mit Unrecht der Zerrissenheit Deutschlands, seiner mangelhaften Verfassung, der Machtlosigkeit seines Oberhauptes zugeschrieben, obschon dies keineswegs die alleinigen Gründe des Zerfalles des Reiches waren, sondern man auch dem Glücke der Schlachten Rechnung tragen muß, welches sich gegen Deutschland hätte erklären können, auch wenn eine starke Kaisermacht an seiner Spitze gestanden, oder wenn es gar ein einheitlicher Staat gewesen sein würde. Indem man aber in dem Mangel einer starken



Kaisermacht den Hauptgrund des Unglückes Deutschlands suchte, war es nach den Siegen des Jahres 1813 nicht nur natürlich, sondern nothwendig, daß man die Bürgschaft der Wiederholung so großer Schmach in der Herstellung des Reiches und der Kaiserwürde vielfältig erkannte, und laut die Hoffnung aussprach, Kaiser Franz von Oesterreich werde, wie er am 6. November jenes großen Jahres in die alte Wahl- und Krönungsstadt Frankfurt, wo er ein und zwanzig Jahre früher zum römisch-deutschen Kaiser gewählt und gekrönt worden, einzog, sich als solchen wieder ausrufen lassen; ja es soll selbst der Kaiser Alexander von Rußland den Wunsch ausgesprochen haben, Franz möge sich die tausendjährige Krone Karls des Großen nochmals auf das Haupt setzen.

Die Hoffnung täuschte, ihre Erfüllung war nicht möglich. Am 8. October 1813 war zu Ried ein Allianztraktat zwischen Oesterreich und Baiern geschlossen worden, in dessen öffentlichen Artikeln der Kaiser von Oesterreich sowohl in seinem als in seiner Bundesgenossen Namen dem Könige von Baiern die volle Souverainetät über alle Staaten, in deren Besiz er sich vom Anfang der Feindseligkeiten befand, verbürgte. Dem Vertrage waren sehr wichtige geheime Artikel beigelegt, und im ersten derselben war als einer der Hauptzwecke des Krieges angegeben: die Auflösung des Rheinbundes und die gänzliche und absolute Unabhängigkeit Baierns, so daß es, jedes fremden Einflusses entledigt, des Vollgenußes seiner Souverainetät sich erfreue. Das war die unerläßliche Bedingung, unter welcher das mächtige Baiern dem Bunde gegen Napoleon sich anschloß. Preußen und Rußland traten dem Traktate von Ried in allen seinen Punkten und Bestimmungen bei. Am 2. November 1813 kam zwischen Oesterreich und Würtemberg zu Fulda ein Allianztraktat zu Stande, der sowohl in den öffentlichen als in den geheimen Artikeln dem Muster des Vertrages von Ried nachgebildet, worin wie dem Könige von Baiern, so auch dem Könige von Würtemberg die volle Souverainetät verbürgt war, und welchem der König von Preußen am 21. November förmlich beitrat. Eben so wurde in den Allianztraktaten, welche Baden am 20. November 1813 zu Frankfurt mit Oesterreich, Preußen und Rußland schloß, dem Großherzoge Karl von Baden, der mit Napoleon wie mit den Verbündeten wegen der Neutralität seines Landes vergeblich un-



terhandelt hatte, die Souverainetät ausdrücklich gesichert. Aehnliche Verträge wurden mit den übrigen Rheinbundsfürsten geschlossen, nur nicht mit Westphalen und dem Großherzogthume Berg, da diese Staaten für Napoleoniden geschaffen worden waren, nicht mit dem Könige von Sachsen, welcher Kriegsgefangener der Verbündeten war, nicht mit dem Großherzoge von Frankfurt und dem Fürsten von Isenburg als eingeleisteten Anhängern Frankreichs \*). Wenn man den gewesenen Mitgliedern des Rheinbundes, die Deutschland so unberechenbare Nachtheile zugefügt haben, ihre Souverainetät verbürgte, konnte man nicht umhin, sie auch denjenigen Fürsten zu verbürgen, welche diesem Bunde niemals beigetreten waren und ihre Länder ganz oder zum Theile eingebüßt hatten. So wurde dem zurückgekehrten Kurfürsten von Hessen durch den am 2. December 1813 zu Frankfurt geschlossenen Allianztraktat von dem Kaiser von Oesterreich der Besitz seiner ehemaligen Staaten und die Souverainetät garantirt; der Kurfürst dagegen versprach im Allgemeinen, sich jenen Anordnungen zu fügen, welche zur Aufrechthaltung der Unabhängigkeit von Deutschland für nothwendig erachtet werden dürften. Preußen handelte ohnehin gleich Oesterreich als völlig und absolut unabhängige europäische Großmacht, und Hannover erhielt wieder den englischen Monarchen zum Herrn, der mit seinem Parlamente den Nerv des Kriegsführens gegen Napoleon, das Geld, hergab. Da demnach die deutschen Fürsten im Besitze vielfach verbürgter Souverainetät waren, gehörte die Wiederherstellung des deutschen Reiches und der Kaisermürde zu den Unmöglichkeiten. Es wurde daher auch im sechsten Artikel des ersten Pariser Friedens der Grundsatz ausgesprochen: „Die Staaten Deutschlands werden unabhängig und durch ein föderatives Band vereint sein.“

Auf dem Congresse zu Wien scheiterten alle Bemühungen derjenigen, welche die Wiederherstellung des deutschen Reiches in

---

\*) Den Fürsten von der Leyen, dessen reichsunmittelbare Besizung, die 2½ Quadratmeilen große Grafschaft Hohenroldebeck ganz von den badischen Staaten eingeschlossen war, und der im Jahre 1806 nur wegen seiner Blutsverwandtschaft mit dem Kurfürsten-Erzkanzler Dalberg den Stiftern des Rheinbundes beigelegt worden war, scheint man in seiner Unbedeutendheit übersehen zu haben; er verlor dann seine Souverainetät.



Anregung brachten, an der Gewalt der Umstände und Thatfachen. Durch die Stiftungsakte vom 8. Juni 1815 vereinigten sich die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands, mit Einschluß des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen für ihre gesammten, vormals zum deutschen Reiche gehört habenden Besitzungen, der König von Dänemark für Holstein, der König der Niederlande für Luxemburg zu einem beständigen Bunde unter dem Namen des deutschen Bundes. Als Zweck desselben war in der Stiftungsakte angegeben: Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen deutschen Staaten. Zugleich war festgesetzt: Alle Bundesglieder haben als solche gleiche Rechte; sie verpflichten sich alle gleichmäßig, die Bundesakte unverbrüchlich zu halten.

Wer die Geschichte Deutschlands, seitdem es durch den Vertrag von Verdun ein selbstständiges Reich geworden, im Geiste überblickt, wird sich gestehen müssen, daß die Vereinigung aller einzelnen deutschen Staaten, wie sie in einem durch Jahrhunderte sich hinziehenden Auflösungsprozeß des Reiches entstanden sind, zu einem immerwährenden Bunde das nothwendige Ziel und zugleich das unerläßliche Rettungsmittel des gemeinsamen Vaterlandes gewesen ist. Zu keiner Zeit haben die Deutschen nach Centralisation gestrebt, diese ist vielmehr ihrer innersten Natur entgegen, läuft geradezu gegen den Strom, den ihre Geschichte genommen hat. Die Deutschen ehrten zwar das Erbrecht ihrer Könige aus dem Hause der Karolinger, aber der schroffe Unterschied der Stämme milderte sich deshalb nicht im Geringsten. Wenig fehlte, so würde durch die Theilung unter die Söhne Ludwigs des Deutschen, hätte jeder seine Linie fortgesetzt, Deutschland schon damals in mehrere unabhängige Staaten zerfallen sein. Nach dem Tode des letzten deutschen Karolingers Ludwig, zubenannt das Kind, traten keineswegs die deutschen Stämme zur gemeinsamen Wahl eines Königs zusammen; weder der Franke Konrad der Erste noch der Sachse Heinrich der Erste sind im eigentlichen Sinne des Wortes gewählt worden. Als in der Folge die großen Herzogthümer, die je nach den großen Stämmen benannt waren, theils aufgelöst, theils gemindert wurden, glättete sich der Stammesunterschied nicht im Mindesten ab, blieb vielmehr in ungefängtigter Schroffheit. Zu diesem Stammesunterschiede



kam das Sonderinteresse und die Anhänglichkeit an die angestammten Fürsten, Grafen und andere Semperfreie, unverwundlich und unentwurzelt. Ein Kaisergeschlecht um das andere schwand dahin, die furchtbarsten Geschicke sind über Deutschland weggegangen; die deutschen Stämme und die deutschen Fürsten sind geblieben, und werden aller Wahrscheinlichkeit so lange bleiben, als die deutsche Erde dauert. Kaiser Friedrich der Zweite, der Deutschland als ein Nebenreich ansah, wenigstens behandelte, gewährte zuerst den geistlichen, dann auch den weltlichen Fürsten fast die volle Landeshoheit, die sich dann unaufhaltsam und unwiderstehlich entwickelte. Schon im vierzehnten Jahrhunderte waren die Kaiser wenig mehr als die obersten Lehnsherren, die Oberhäupter einer Conföderation von Fürsten, denen nach dem westphälischen Frieden nur noch der Name von Souverainen fehlte. Sie wurden dies in unserem Jahrhunderte auch dem Namen nach; das Ziel, auf welches sie seit länger als einem halben Jahrtausend losgesteuert, war erreicht. Es gab, um Deutschland, nachdem es von dem Joche Napoleons befreit war, vor der Wiederkehr ähnlicher Schmach zu retten, kein anderes im Menschenbereiche liegendes Mittel, als die Stiftung des immerwährenden deutschen Bundes im Jahre 1815, und wir wagen, durch die Geschichte Deutschlands belehrt, die Behauptung, daß ein festes Zusammenhalten der Deutschen auch jetzt noch unter keiner anderen Form möglich ist, als unter jener der Conföderation.

Da der deutsche Bund trotz aller übermüthigen Beschlüsse der zu einem Winkelconvente herabgesunkenen Nationalversammlung in unvermindertem Rechte, wie selbst jene Fürsten, welche ein Reich in denselben hineinpflanzen wollen, zuzugeben nicht umhin können, fortbesteht, ist es angemessen, die Grundbestimmungen der Bundesakte in das Gedächtniß zu rufen.

Es ist der deutsche Bund zuvörderst ein Bund zwischen Gleichen, ein beständiger Bund, wie denn auch sein Zweck ein unabänderlicher, ewiger ist, nämlich Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Staaten. Alle Bundesglieder haben als solche gleiche Rechte; alle haben aber auch die gleichmäßige Verpflichtung, die Bundesakte unverbrüchlich zu halten. Unter den vielfältigen Verletzungen dieser Verpflichtung, welche möglich



sind, würde eine der allerschwersten eine Verbindung mehrerer Fürsten sein, um anders als in der durch die Bundesakte vorgeschriebenen Rechtsform die Grundgesetze oder organischen Einrichtungen des Bundes ganz oder theilweise aufzuheben oder abzuändern. Und diese Verletzung würde in Bezug auf die Wesenheit des Bundes um so ärger sein, wenn durch die nicht in den vorgeschriebenen Rechtsformen vorgenommene Abänderung die Bundesrechtsgleichheit einzelner Mitglieber sich vernichtet fände. Man kann nicht einwenden, daß es diesen freistehe, die Neuerung anzunehmen oder nicht, denn in der Lage, in welcher sich die meisten der kleineren Staaten befinden, ist, besonders in Zeiten des Sturmes, der Beitritt zu einer von den großen mächtigen Nachbarstaaten beschlossenen Abänderung der Grundgesetze des deutschen Bundes politischer Zwang. Diesem fügt man sich fast immer, um Schlimmeres zu vermeiden; indeß würde der kleinste Staat, der den Muth hätte, fest an den Grundgesetzen des Bundes zu halten, dadurch schwerer wiegen als man glaubt, und unendlich hoch stehen in der Meinung aller Derjenigen, welche nichts dem Rechte Uebergeordnetes erkennen.

In der Erklärung der Stiftungsakte des deutschen Bundes, daß er ein beständiger sei, liegt zwar ohnehin, daß er das Merkmal der Unauflöslichkeit an sich trage. Indeß hat die Wiener Schlußakte vom 15. Mai 1820, welche mit der Stiftungsakte ganz gleiche Geltung hat, im fünften Artikel auch noch ausdrücklich den großen Rechtsgrundsatz ausgesprochen: „Der Bund ist als ein unauflöslicher Verein gegründet, und es kann daher der Austritt aus diesem Vereine keinem Mitgliede freistehen.“ Ganz gewiß ist es daher eine der ärgsten Verletzungen der Bundespflicht, wenn ein Mitglied sich eigenmächtig von demselben lossagt. Aber kein geringerer Bundesbruch ist es, wenn ein Mitglied aus dem Bunde hinausgebrängt wird; wenn mehrere der mächtigsten Mitglieder unter sich einen Vertrag schließen, durch welchen sie die Wesenheit des deutschen Bundes ändern, einen Bundesstaat im Staatenbunde errichten, und dabei die Rechte und die Interessen eines anderen vorzüglichen und mächtigen Mitgliedes dermaßen verletzen, daß es mit dessen Würde, Ehre, Wohlfahrt und Sicherheit nicht mehr verträglich ist, einem derartig entstellten, in seiner Wesenheit gefälschten und entarteten, von jenen Bündnern eigent-



lich und einseitig aufgehobenen Bunde länger anzugehören. Umsonst giebt man dann sich den Schein, als bestände der deutsche Bund noch thatsächlich wie vorher. Es ist dies nicht der Fall, und alle dadurch verletzten Mitglieder haben das Recht, auf Herstellung des früheren Bundes-Rechtszustandes zu dringen, und wenn ihren Forderungen oder Vorschlägen in keiner Art genügt wird, die Bundesakte als zerrissen, und sich als ausgeschieden, oder vielmehr als hinausgedrängt und hinausgestoßen zu betrachten, und demgemäß zu handeln. Da nun der Zweck des deutschen Bundes, wie gesagt, ein ewiger ist, nämlich die immerwährende Sicherheit Deutschlands nach Außen und im Innern, und die beständige Erhaltung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen Staaten; da die unausgesetzte Verwirklichung dieses Zweckes sowohl durch Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande als durch das Interesse jedes einzelnen Mitgliedes geboten, und überhaupt ausnahmslose Pflicht ist: so würden die in der angegebenen Art hinausgedrängten Mitglieder nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, sowohl durch Unterhandlungen als in deren Fehlschlagung durch alle Mittel, welche die Vorsehung Gottes in ihre Hände gelegt hat, ihre Hinausdrängung rückgängig zu machen und wieder einen solchen Zustand herzustellen, in welchem die Verwirklichung des ewig unabänderlichen Zweckes des deutschen Bundes besser gesichert ist, als durch die in einen Theilbundesstaat oder ein Theilreich überschlagende Sonderbündelei.

In dem Zwecke des deutschen Bundes liegt die Verpflichtung zu immerwährender Aufrethaltung des inneren Friedens, und es heißt daher im elften Artikel der allgemeinen Bestimmungen der deutschen Bundesakte: „Die Bundesmitglieder machen sich verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen.“ Hieraus fließt die Verpflichtung aller Bundesglieder, nichts zu unternehmen, was die niemals ganz beseitigte Möglichkeit eines inneren Krieges vermehrt. Es wird aber diese Möglichkeit offenbar vermehrt, wenn Mitglieder sich zu einem Sonderbundesstaat vereinigen, was ihnen mithin auch aus diesem Grunde rechtlich verwehrt ist. Mögen immerhin die Stifter eines Theilbundesstaates oder Theilreiches noch so weit von dem Gedanken entfernt sein, je wieder das empörende und traurige Schauspiel eines verderblichen Bruder-



krieges zu geben: sie haben nicht die Zukunft, haben nicht die durch Stiftung eines Reiches im Staatenbunde sich entwickelnde Gestaltung der Verhältnisse und Interessen in ihrer Gewalt. Wer bürgt dafür, daß eine derartige Stiftung zur Zersplitterung Deutschlands in Süd und Nord nicht führe, ganz abgesehen von dem tiefen religiösen Spalt, der es seit drei Jahrhunderten zerklüftet, und bei weitem mehr, als Manche meinen, noch in der Gegenwart seine innerste Krankheit, seine fast unheilbare Wunde bildet?

Ganz so verhält es sich mit dem Bundeszwecke, soweit er die Erhaltung der äußeren Sicherheit Deutschlands betrifft. In der Stiftungsakte heißt es: „Alle Mitglieder des Bundes versprechen, sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat (d. i. im Bunde eingebegriffenen deutschen Staat) gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, und garantiren sich gegenseitig ihre sämmtlichen, unter dem Bunde begriffenen Besitzungen. Bei einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen.“ Und der fünfunddreißigste Artikel der Wiener Schlußakte lautet: „Der Bund hat als Gesamtmacht das Recht, Krieg, Frieden, Bündnisse und andere Verträge zu schließen. Es übt derselbe aber diese Rechte nur zu seiner Selbstvertheidigung, zur Erhaltung der Selbstständigkeit und äußeren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Bundesstaaten aus.“ Demgemäß setzt der folgende Artikel der Schlußakte fest: „Kein einzelner Bundesstaat kann von Auswärtigen verletzt werden, ohne daß die Verletzung zugleich und in demselben Maße die Gesamtheit des Bundes treffe.“ Höchst trostreiche Bestimmungen, aber wenn ein solcher Theilbundesstaat, ein solches Theilreich die Möglichkeit innerer Kriege vermehrt, wird es zuverlässig auch die äußere Sicherheit nicht erhöhen. Diese wird auch ganz gewiß dadurch nicht erhöht, wenn nicht der deutsche Bund als Gesamtmacht allein, sondern schon der innerhalb desselben entstandene Theilbundesstaat, das Theilreich das Recht des Krieges und Friedens besitzt. Es ist dann keineswegs schlechthin nothwendig, daß die aus dem Bunde hinausgedrängten Mitglieder, wenn die Reichsgewalt des Theilreiches einer auswärtigen Macht den Krieg erklärt, daran Theil nehmen, und es treten für Deutschland jene unseligen Verhältnisse wieder



ein, welche Jahrhunderte hindurch wie ein unheilbarer Krebsfaden am Antlitz wie im innersten Kerne des gemeinsamen Vaterlandes genagt und gefressen haben. Aus welchem Gesichtspunkte man es auch betrachten mag, ist jede Sonderbündelei, wie immer man sie mit dem stolzen Namen Reich schmücke, die den deutschen Bund, ob man es gleich nicht offen sagt, in seinem innersten Wesen ändert, nicht seine Ausbildung, sondern seine Ausartung zeitigt, Deutschland nicht kräftigt, sondern schwächt, nur die Macht des einen der beiden Großstaaten innerhalb desselben mehrt, was weit entfernt von der Mehrung der Macht des gemeinsamen Vaterlandes ist, — nichts weiter als eine schreiende Verletzung der ausnahmslosen Pflicht, die Bundesakte unverbrüchlich zu halten, gleich verwerflich von Seite der Gebote des unbeugsamen Rechtes, wie von Seite der Forderungen einer gesunden, auf die Sicherheit und das Wohl des gesammten Deutschland berechneten Politik.

Die Stiftungsakte übertrug die Leitung der Angelegenheiten des Bundes einer Bundesversammlung, und den Vorsitz in dieser, unbeschadet der Bundesrechtsgleichheit aller Mitglieder, Oesterreich. Das war das Mindeste, das dem Hause Oesterreich gebührte, welches schon im dreizehnten und vierzehnten Jahrhunderte, und ununterbrochen vom Jahre 1438 an bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1806 die römische und deutsche Kaiser- und Königskrone getragen hat. Da die Uebertragung dieses Vorsitzes eine wesentliche Bestimmung der Bundesakte ist, folgt aus der Verpflichtung aller Bundesglieder, dieselbe unverbrüchlich zu halten, auch die Obliegenheit, den Vorsitz Oesterreichs anzuerkennen, zu ehren, unangetastet zu lassen in aller Wege. Oesterreich selbst kann, wenn es dies den Interessen Deutschlands angemessen erachtet, auf den Vorsitz für immer oder für eine Zeit verzichten; nimmermehr aber hat ein Theil der Bundesglieder auch nur im Entferntesten das Recht, ihm denselben ausdrücklich oder stillschweigend zu nehmen, und den deutschen Bund durch Weglöschung eines seiner wesentlichen Grundzüge zu entstellen und mißzugestalten. Da es scheint Oesterreich nicht nur das Recht zuzustehen, sondern auch die Pflicht obzuliegen, Vorsitz der deutschen Bundesversammlung zu sein, so daß man fast zweifeln darf, ob es ohne Zustimmung der übrigen Bundesglieder auf die Vorsitzerschaft ohne Weiteres rechtsgültig verzichten könne. Und jedenfalls folgt daraus, daß



Oesterreich zur Errichtung der provisorischen Centralgewalt seine Einwilligung gegeben, keineswegs, daß es dadurch definitiv seinem Vorſitzerrechte entsagt habe. Vielmehr ist es berechtigt, bei dem wie immer gearteten Aufhören, oder bei was immer für einer Umgestaltung jenes Provisoriums in ein Definitivum zu verlangen, daß sein Recht und seine Würde der Vorſitzerschaft entweder ganz unverändert, oder in besseren Verhältnissen wieder hergestellt werde, als der Grundvertrag des deutschen Bundes sie geordnet hat. Der gänzliche Verlust, oder die Herstellung des Vorſiteramtes unter Verminderung seiner Rechte ist ohne Zustimmung Oesterreichs rechtlich nimmermehr denkbar. Kurz, so lange der deutsche Bund selbst nicht aus der Reihe der Dinge, die sind, ganz verschwindet, hört auch das Vorſitzerrecht Oesterreichs nicht auf.

Der Grundvertrag, welcher dem deutschen Bunde sein Dasein gegeben, hat zugleich die rechtliche Form festgesetzt, unter welcher allein wesentliche Aenderungen, wie sie in unseren Tagen in das Auge gefaßt wurden, gültig vorgenommen werden können. Wo es, besagt der siebente Artikel, „auf Annahme oder Abänderung der Grundgesetze, auf organische Bundeseinrichtungen, auf jura singulorum oder Religionsangelegenheiten ankommt, kann weder in der engeren Versammlung noch im Pleno ein Beschluß durch Stimmenmehrheit gefaßt werden.“ Um wieviel mehr ist ein Beschluß durch Stimmenmehrheit unzulänglich, wenn es sich um Verwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat, des deutschen Bundes in ein deutsches Reich handelt! Eine solche Verwandlung, die keineswegs eine so unabwendbare politische Nothwendigkeit ist, wie man es die Menschen gerne glauben machen will, kann nur durch Stimmeneinhelligkeit aller Mitglieder des deutschen Bundes gültig beschloffen werden, und besitzt, in was immer für einer anderen Art zu Stande gebracht, Rechtsgültigkeit nicht.

Vergebens wendet man ein, es gebe keine Bundesversammlung, folglich sei ein einmüthiger Beschluß derselben unmöglich, und man habe auf andere Mittel denken müssen, der in Deutschland herrschenden Verwirrung ein Ende zu machen, und dessen Loos durch eine Verfassung festzustellen. Entweder war Ende Mai 1849 die deutsche Centralgewalt noch diejenige Behörde, welche provisorisch an die Stelle der Bundesversammlung getre-



ten war, oder sie war das nicht mehr. Im ersteren Falle bildete der Träger der Centralgewalt mit den bei ihm beglaubigten Bevollmächtigten der deutschen Regierungen in Bezug auf die gesetzgebenden Befugnisse des deutschen Bundes, welche gesetzgebenden Befugnisse zwar, sofern die Regierungen sich mit der Nationalversammlung über die Verfassung vereinbaren hatten wollen, einigermaßen eingeschränkt gewesen, aber nach Zurückweisung der Vereinbarung durch gedachte Versammlung sogleich in alter Fülle wieder aufgelebt waren, — bildeten, sage ich, der Reichsverweser und die Regierungsbevollmächtigten die eigentliche Bundesversammlung, jener zugleich Oesterreich repräsentirend, dessen einwilligen mit seiner eigenen Einwilligung schlummerndes Vorsitzerrecht in dem Augenblicke wieder erwachte, als es sich um Ausübung des obersten Gesetzgebungsrechtes des deutschen Bundes handelte. War aber, was hier nicht untersucht werden soll, die provisorische Centralgewalt dadurch, daß die deutsche Nationalversammlung als keine zu Rechte bestehende Versammlung weiter betrachtet werden konnte, wirklich erloschen, so war es das Recht wie die Pflicht der deutschen Fürsten, eine neue Bundesversammlung zu bilden. Diese hatte dann unter dem Voritze Oesterreichs zu untersuchen, zu ermitteln und zu beschließen, welche Verfassung Deutschland gegeben werden müsse, um jene Hauptzwecke zu erreichen, deren Erreichung von Allen als wünschenswerth anerkannt wird. Jede andere Art des Gebahrens war den Grundgesetzen des Bundes nicht gemäß.

Man wird sagen, daß eine von der deutschen Bundesversammlung mit Einmüthigkeit beschlossene Verfassung für Deutschland eine oktroyirte gewesen wäre, und eben deshalb keine Gültigkeit gehabt hätte, denn sie sollte ja durch Vereinbarung mit der Nationalversammlung zu Stande gebracht werden. Wer jedoch könnte die so offenkundige Thatsache leugnen, daß eben diese Versammlung jede Vereinbarung über die von ihr beschlossene Verfassung beharrlich, ja mit schnöder Hartnäckigkeit zurückgewiesen, ihr unmögliches Werk für schlechtthin rechtsverbindlich erklärt und eben dadurch den einzigen Rechtsboden, auf welchem sie stand, selbstmörderisch vernichtet hat! Sie besteht nicht mehr zu Rechte, diese Versammlung, ihre Verfassung ist nur noch ein historisches Denkmal des Geistes, der sie beseelt hat, und in gar mancher Be-



ziehung eine Warnungstafel für die Zukunft. Da das der Nationalversammlung anvertraute Verfassungswerk einen solchen Verlauf nahm, trat der deutsche Bund wieder in die ganze Fülle seiner Gesetzgebungsrechte, und was er einmüthig in den Grundgesetzen ändert, das ist eben dadurch Gesetz, dem sich zu unterwerfen alle Deutschen ausnahmslos verpflichtet sind. Auch die drei deutschen Kronen, von denen der Verfassungsentwurf vom 28. Mai 1849 ausgegangen ist, pflichten einem ähnlichen Grundsatz bei. Denn in der Denkschrift vom 11. Juni d. J., welche von den drei Kronen für „authentische Interpretation des Entwurfes der Reichsverfassung und als solche von dem Entwurfe selbst untrennbar“ erklärt worden ist, heißt es ausdrücklich, „daß auf dem zunächst zu berufenden Reichstage die Verfassung des Reiches nicht abgeändert, sondern durch Vereinbarung mit den Regierungen festgestellt werden soll.“ Es hat also die von ihnen entworfene Verfassung zu bleiben, und es ist ihr Bestand keineswegs von der Zustimmung des Staatenhauses und des Volkshauses abhängig gemacht. Somit trägt die von den drei Kronen mehr schon beschlossene, als bloß entworfene Verfassung zwar keineswegs in Betreff der übrigen ihr schon beigetretenen, oder noch beitretenen deutschen Regierungen, wohl aber in Bezug auf das deutsche Volk den Charakter der Oktroyirung.

Eine oktroyirte Verfassung ist keinesweges dieses Merkmales wegen eine rechtsungültige, besteht vielmehr allenthalben, wo sie von der dazu berechtigten Staatsgewalt ausgeschlossen ist, trotz aller Anfechtungen der Parteischriststeller, in vollkommener Gültigkeit und allseitiger Rechtsverbindlichkeit. Wir haben schon in einer anderen Schrift \*) den Beweis geführt, daß nach einer langen

---

\*) „Die österreichische Reichsverfassung vom 4. März 1849 im Zusammenhang mit den ihr vorhergegangenen Ereignissen und ihre Bedeutung für den Kaiserstaat.“ Leipzig, bei Ignaz Jachowiz. — Seltsamerweise hat hie und da die Ansicht Raum gewonnen, diese Schrift sei, weil das Schlagwort des Titels „die österreichische Reichsverfassung vom 4. März“ heißt, weiter nichts als ein wortgetreuer Abdruck eben dieser Verfassung, wesswegen sie als mit vielen anderen Abdrücken concurrirend, von manchen Sortimentsbuchhändlern keine weitere Beachtung gefunden hat, ihren gewöhnlichen Kunden nicht zugesendet, vielmehr zurückgelegt worden ist. Gedachte Ansicht ist eine durchaus irrige. Die Schrift ist kein Abdruck jener Verfassung, sondern enthält zuvörderst eine historische



Reihe verderblicher Bestrebungen der Partei des Umsturzes in dem österreichischen Kaiserstaate, nach unendlichem Unheil, das durch diese, geraume Zeit nur zu sehr vom Erfolge gekrönte Bestrebungen hervorgerufen worden ist, bei dem herdrohenden Zerfall der Monarchie und der in weite Ferne gerückten Wiederkehr der Geseßlichkeit, der Ordnung und des Vertrauens, der Kaiser Franz Joseph sowohl berechtigt als verpflichtet gewesen ist, seine kaiserliche Vollgewalt zu gebrauchen und dem österreichischen Gesamtstaate eine seinen dringenden Bedürfnissen angemessene Verfassung zu verleihen. Eben so leicht würde der Beweis zu führen sein, daß der König Friedrich Wilhelm der Vierte von Preußen unter ähnlichen mißlichen, ja unerträglichen Verhältnissen, bei der offenkundigen und unbezweifelbaren Unfähigkeit der preussischen Nationalversammlung, ein heilsames Verfassungswerk zu Stande zu bringen, und bei dem festen Willen ihrer Mehrzahl, sich mit dem Könige über dasselbe nicht zu vereinigen, ihm vielmehr ein rechtlich unmögliches und praktisch unausführbares Machwerk von unbeschreiblicher demokratischer Einfältigkeit aufzudringen, vollkommen in seinem Rechte gewesen ist und nur seiner königlichen Pflicht entsprochen hat, indem er früher noch als der Kaiser von Oesterreich, der den Versuch erst machen wollte, ob nach so vielen schweren Erfahrungen die Mehrzahl der nach Kremsier berufenen österreichischen Nationalversammlung nicht doch der Stimme der Besonnenheit, Mäßigung und politischen Weisheit Gehör geben würde, dem preussischen Staate aus königlicher Machtvollkommenheit, die das Ganze zu erhalten ausnahmslos und unbedingt verpflichtet ist, eine Verfassung verlieh. Und nachdem beim Zusammentritt der durch diese Verfassung berufenen preussischen Kammern sich alsbald zeigte, daß das Wahlgesetz, welches in jeder Verfassung ein so wesentlicher Faktor ist, in eminenter Weise und zwar darum verfehlt war, weil man wahrhafte politische Bildung viel zu allgemein verbreitet glaubte: nahm, nachdem das Verfahren der

---

Entwicklung der Thatfachen, welche zu ihrer Verleihung mit unabwieslicher Nothwendigkeit rechtsgültig führten, dann eine kurze Charakteristik derselben sammt Würdigung ihrer Vorzüge und ihrer, wenn einmal ins Leben getreten, allseitig segensreichen und großartigen Wirksamkeit für den österreichischen Kaiserstaat.



zweiten Kammer zu deren Auflösung genöthigt hatte, die preussische Regierung unter Berücksichtigung der äußersten Gefahr, in welcher der Staat schwebte, und um ihrer Wiederkehr vorzubeugen, mit allem Rechte keinen Anstand, ja erfüllte eine klar erkannte, nicht zu umgehende Pflicht, indem sie jenes Wahlgesetz, durch welches der Schwerpunkt der politischen Macht verrückt sich fand, um denselben wieder recht zu rücken, unter dem 30. Mai abänderte, dadurch den früher durch Ueberlieferung der Macht in die Hände der Gegner begangenen großen Fehler mit unerschrockenem Muth wieder gut machend, und den Besitzenden das ihnen von Gott, Vernunft und Rechtswegen gebührende Uebergewicht über die Proletarier neuerdings herstellend. In ähnlicher Weise würde man gestehen müssen, daß nach den gemachten herben und schrecklichen Erfahrungen der König von Sachsen vollkommen in seinem Rechte sein, ja einen hohen Akt politischer Weisheit vollziehen würde, wenn er jenes ultrademokratische Wahlgesetz, durch welches der gewesene Minister Oberländer in vollendeter Täuschung über die politische Fähigkeit der Massen, das glückliche und blühende Sachsen in den Abgrund der Revolution geschleudert hat, kraft königlicher Machtvollkommenheit abändern wollte.

Ganz anders ist aber das Rechtsverhältniß, wenn es sich darum handelt, dem deutschen Bunde als Gesamtmacht eine neue Verfassung zu geben. Dies kann nur im grundgesetzlichen Wege durch Zustimmung aller Bundesglieder geschehen, in welchem Falle die neue Verfassung an und für sich für alle deutschen Regierungen wie für alle deutschen Völker mit rechtsverbindlicher Kraft ausgerüstet ist. Geschieht dies aber einseitig durch einen Bund mehrerer Regierungen, so ist eine in der Art entstehende Verfassung weder für sämtliche Bundesglieder, noch für alle deutschen Völker rechtsverbindlich. Es wäre dies im Gegentheile nicht sehr viel besser als jenes rechtlose Verfahren, mit welchem mehrere deutsche Fürsten zuerst mit Napoleon den Rheinbund schlossen, dann ihren Austritt aus dem deutschen Reichsverbände anzeigten, indem sie, die selbst dieses Unvermögen geschaffen hatten, denselben beschuldigten, er sei unvermögend, sie zu schützen.

Die drei Kronen, von denen der Verfassungsentwurf vom 28. Mai d. J. ausgegangen ist, berufen sich in ihrer Rundschrift an die sämtlichen deutschen Regierungen, worin sie dieselben zum



Anschlusse an besagten Entwurf einladen, darauf, daß der am 8. Juni 1815 errichtete deutsche Bund faktisch außer Stande sei, den Gefahren, welche alle deutschen Lande mit gleichmäßigem Verderben bedrohen, siegreich entgegen zu treten, weil es diesem Bunde jetzt an einem geeigneten Vereinigungspunkt mangle. Aber dieser Vereinigungspunkt war in der provisorischen von allen deutschen Regierungen anerkannten Centralgewalt gegeben, und nur wenn man dieselbe aus dem etwas leichtfertigen Grunde, daß sie darum nicht mehr bestehe, weil die Nationalversammlung, der sie verantwortlich sei, ihr rechtliches Dasein eingebüßt habe, als erloschen betrachten wollte, fehlte der Vereinigungspunkt zur Bekämpfung jener Gefahren, aber nicht weil es ihn nicht gab, sondern weil man die provisorische Centralgewalt als solchen nicht mehr gelten zu lassen beliebte. Nicht einzelne deutsche Regierungen haben über den Fortbestand oder das Aufhören der provisorischen Centralgewalt endgültig zu beschließen, sondern das steht nur der Gesamtheit der deutschen Regierungen, dem deutschen Bunde als solchem zu, denn von ihm hat die Centralgewalt ihre Vollmacht empfangen, und nur ihm hat sie dieselbe zurückzugeben. Indem die provisorische Centralgewalt an die Stelle der Bundesversammlung trat, participirte sie an dem dieser Versammlung durch die Stiftungsakte beigelegten Charakter der „Beständigkeit“, so lange der deutsche Bund das Provisorium nicht aufhob. Die Behauptung, daß die Centralgewalt an Stelle der früheren Bundesversammlung in keiner Art mehr aus dem Grunde stehe, weil die deutsche Nationalversammlung sich ihres rechtlichen Bestandes entäußert habe, jene Gewalt aber dieser Versammlung verantwortlich war, ergiebt sich auf den ersten Anblick schon für durchaus unhaltbar, ja für völlig aus der Luft gegriffen. Denn indem die Nationalversammlung durch ihre mehr als unverantwortliche Handlungsweise aus dem Kreise der Bedingungen ihres rechtlichen Bestandes hinaustrat, fiel nicht zugleich der andere höchst wesentliche Factor hinweg, auf welchem das Bestehen der Centralgewalt vornehmlich und hauptsächlich ruht, die Zustimmung aller deutschen Regierungen, von denen keine einzige die Klausel hinzugefügt hat, daß diese Gewalt aufzuhören habe, sobald die Nationalversammlung einen Rechtsselbstmord an sich zu begehen verkehrt genug sein würde. Indem dieses Unerhörte geschah,



wurde die Verantwortlichkeit des Ministeriums des Reichsverwesers nichts weniger als vernichtet; sie bestand vielmehr noch fort, nur nicht gegen die Nationalversammlung, sondern gegen die Gesamtheit des deutschen Bundes. Die ausgedehnte Verantwortlichkeit dieses Ministeriums gegen die Nationalversammlung war vom Anfange an darum eine Anomalie, weil diese Versammlung ganz und gar keinen anderen Beruf hatte, als sich über eine Verfassung mit den deutschen Regierungen zu vereinigen, weil sie keine gesetzgebende Versammlung war und es ihr eigentlich nicht im Entferntesten zustand, sich in Gegenstände der Vollziehung oder Verwaltung in entscheidender Art zu mischen. Wenn die deutschen Regierungen sich jene Anomalie gefallen ließen, wenn sie zusahen, daß die Nationalversammlung sich mit Gegenständen befasse, über welche nur der niemals aufgelöste und fortwährend in aller Rechtskraft bestehende deutsche Bund zu entscheiden hatte, so folgt daraus, daß jene Anomalie mit dem Aufhören des rechtlichen Bestandes der deutschen Nationalversammlung aufhörte, und daß an die Stelle gedachter Anomalie wieder das natürliche Verhältniß, soweit das Ministerium des Reichsverwesers theilhaftig ist, das der Verantwortlichkeit gegen den deutschen Bund trat; ganz gewiß nicht daß die provisorische Gewalt erloschen sei. Es bestand mithin der Vereinigungspunkt fort, und die auf dessen Nichtvorhandensein in dem oben angezogenen Rundschreiben gestützten Schlussfolgerungen entbehren der ausreichenden Begründung.

In dem mehrerwähnten Rundschreiben, in welchem die deutschen Regierungen zum Anschlusse an den von den drei Kronen ausgehenden Verfassungsentwurf eingeladen werden, heißt es daß der bedrohlichen Lage gegenüber ein festes, einträchtiges und unverzügliches Handeln nothwendig sei, und daß dies von den Regierungen ausgehen müsse, welche zu den hier vorliegenden Fragen in gleicher Stellung sich befinden. Daher seien die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover auf Grund des ersten Artikels der deutschen Bundesakte übereingekommen, in ein Bündniß zu treten, das den gegenseitigen Schutz seiner Glieder gegen den inneren oder äußeren Feind zum Zwecke habe, und sie hätten die Leitung der hierzu erforderlichen Maßregeln Preußen übertragen. An alle Regierungen, welche Glieder des deutschen Bundes von 1815 sind, ergehe das Ansuchen, sich dem durch die



Gefahren des Augenblickes hervorgerufenen Bunde anzuschließen und sich hierüber in kürzester Frist zu erklären.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es den Gliedern des deutschen Bundes freisteht, unter sich Bündnisse zu schließen; denn es heißt in dem beregten elften Artikel des Grundvertrages vom 8. Juni 1815: „Die Bundesmitglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art, verpflichten sich jedoch, in keine Verbindungen einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären.“ Wenn daher das Bündniß zwischen Preußen, Sachsen und Hannover einzig und allein den Zweck hat, den Gefahren, welche Deutschland im Innern bedrohten und noch fortwährend bedrohen, mit nachhaltiger Kraft zu begegnen, so ist es um so mehr gerechtfertigt, weil durch dasselbe die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten (d. i. Mitglieder des deutschen Bundes), weit entfernt bedroht zu werden, vielmehr erhöht wird. Insofern man aber bei Schließung des Bündnisses davon ausging, den deutschen Bund für faktisch außer Stande zu erklären, einen Vereinigungspunkt zu bilden, um jenen Gefahren in siegreichem Kampfe entgegen zu treten, ging man, wie wir gezeigt zu haben meinen, von einem wesentlich irrigen Gesichtspunkte aus und bewies nicht geringe Mißachtung gegen die an die Stelle der Bundesversammlung für einstweilen getretene noch fortwährend rechtskräftig bestehende Centralgewalt. Unter dieser Rücksicht würde es eine beruhigende Zusicherung gewesen sein, wenn die drei Kronen erklärt hätten, daß sie zwar zu ihrer gegenseitigen eigenen Vertheidigung gegen den inneren Feind Preußen die Leitung übertrügen, zur Vertheidigung der übrigen in den Bund nicht getretenen Staaten aber ihre Truppen, soweit irgend entbehrlich, dem Reichsverweser zur Verfügung darböten. Es würde durch eine solche Erklärung jede Besorgniß vor einer Hegemonie Preußens in den Gemüthern der Menschen zerstreut worden sein.

Etwas anders verhält es sich in Bezug auf den äußeren Feind. Deutschland hatte zur Zeit des Abschlusses jenes Bündnisses und hat noch jetzt keinen anderen äußeren Feind als Dänemark. Indem somit auch gegen diesen der Krone Preußen von den verbündeten Regierungen die Leitung der erforderlichen gemeinsamen Maßregeln übertragen worden ist, hat man das An-



sehen des Reichsverwesers und der provisorischen Centralgewalt geradezu in den Staub getreten. Ja noch mehr, da nach dem fünf und dreißigsten Artikel der Wiener Schlußakte der deutsche Bund nur als Gesamtmacht das Recht des Krieges und Friedens hat, ist durch eine solche Uebertragung Preußen von sich selbst und den beiden anderen vertragschließenden Kronen eigenmächtig und einseitig an die Stelle des deutschen Bundes als Gesamtmacht gestellt worden. Weil nun andererseits der deutsche Bund als Gesamtmacht dem Auslande gegenüber durch den Reichsverweser vertreten erscheint, muß ein so seltsames Verhältniß nothwendig beitragen, die zu Berlin angeknüpften Friedensunterhandlungen zu verlangsamen, während es doch so wünschenswerth wäre, daß dem Deutschland nur in sehr geringem Grade zur Ehre gereichenden Kriege mit Dänemark das schleunigste Ende gesetzt werde.

Von unermesslich schlimmer Bedeutung wäre es für den deutschen Bund, wenn das Bündniß zwischen Preußen, Sachsen und Hannover mit den in dem Rundschreiben angegebenen Zwecken, die ihrer Natur nach vorübergehend sind, sich nicht begnügte, sondern wenn es auch noch bezweckte, den von den drei Kronen beschlossenen Verfassungsentwurf für das deutsche Reich auch ohne Zustimmung aller Glieder des deutschen Bundes in das Leben zu rufen. Und hieran ist nicht zu zweifeln. Sie bekennen selbst, die drei verbündeten Kronen, in dem Rundschreiben vom 28. Mai 1849, daß sie zu der deutschen Verfassungsfrage „Stellung“ genommen; sie thun kund, daß sie sich verpflichtet fühlen, „nach allen Kräften zu dem Abschlusse eines Verfassungswerkes mitzuwirken, das für das gesammte Deutschland eine unabweisliche Nothwendigkeit geworden ist.“ Sie legen den Entwurf sämmtlichen Mitgliedern des Bundes von 1815 als ihren gemeinschaftlichen Vorschlag vor; sie erklären, daß die deutschen Staaten, welche sich dem vorgelegten Verfassungsentwurf anschließen, als Glieder des Bundesstaates betrachtet werden, während denselben Regierungen gegenüber, welche sich zu dem Beschlusse nicht veranlaßt finden, die aus den Verträgen von 1815 fließenden Rechte und Pflichten unverändert fortbestehen. Kurz, aus dem ganzen Context und Tone sowohl des Rundschreibens vom 28. Mai, als der authentischen Interpretation vom 11. Juni dieses Jahres ergibt sich die Ueber-



zeugung, daß die drei verbündeten Regierungen fest beschlossen haben und auch übereingekommen sind, ihren Verfassungsentwurf durchzuführen, wenn auch mehrere der wichtigsten Glieder des deutschen Bundes sich nicht anschließen; und daß es den Gliedern überhaupt nur freigestellt ist, den Entwurf unbedingt anzunehmen oder unbedingt auszuschlagen.

Ein Bündniß mit einem solchen Zwecke ist schwerlich durch den ersten Artikel des Grundvertrages des deutschen Bundes zu rechtfertigen. Und es ist noch recht sehr artig, wenn es in der Denkschrift vom 11. Juni heißt, daß die drei Regierungen „in ihre Vorschläge keine Bestimmung haben aufnehmen können, welche für die Glieder des bisherigen deutschen Bundes irgend einen Zwang in sich schloße.“ Es fehlte nur noch das quos ego. Also für schon so zerfallen erachten Preußen, Sachsen und Hannover den deutschen Bund, den eben diese Staaten in der Wiener Schlußakte in Uebereinstimmung mit allen übrigen Bundesgliedern für einen „unauflöslchen Verein“ erklärt haben, daß sie anzudeuten kein Bedenken tragen, es hätte doch kommen mögen, daß sie irgend eine Zwangsbestimmung aufnehmen hätten können, wären sie nicht „von der unwandelbaren Ueberzeugung geleitet worden, daß der Neubau der deutschen Verfassung nur durch freiwillige Uebereinkunft der Regierungen unter sich rechtlich zu Stande kommen könne.“ Im Jahre 1820 waren sie von der unwandelbaren Ueberzeugung geleitet, „daß der deutsche Bund als ein unauflöslcher Verein gegründet ist, und daß daher der Austritt aus diesem Vereine keinem Mitgliede freistehen könne.“ Heutzutage ist diese ihre einstige unwandelbare Ueberzeugung bis zum innersten Grunde erschüttert; wer bürgt dafür, daß ihre jegige „unwandelbare Ueberzeugung“ in unseren Tagen, wo alle Entwicklungen so reißend schnell vor sich gehen, nicht demnächst — gleichfalls und dermaßen erschüttert werde, daß sie die neue „unwandelbare Ueberzeugung“ gewinnen, das Heil Deutschlands und der Neubau seiner Verfassung fordere gebieterisch, ja es sei für das gesammte Deutschland „unabweisliche Nothwendigkeit,“ doch diejenigen Mitglieder des Bundes, welche der Verfassung den Beitritt weigern, in der einen oder anderen Art dazu zu nöthigen. Oder ist nicht schon das Dasein eines Bündnisses zwischen der Großmacht Preußen und den Kronen Hannover und Sachsen, zum Zwecke ihrer



deutschen Verfassungsentwurf durchzuführen, bare Nöthigung zum Anschlusse für die kleinen Staatengruppen, die von jenen umschlossen sind oder an sie grenzen? Man kann daher gewiß nicht sagen, daß jenes Bündniß die Sicherheit aller einzelnen deutschen Staaten vermehrt, oder auch nur so gelassen habe, wie sie bisher sich derselben erfreuten. Denn die bloße Annahme einer von der früheren entschieden abstechenden politischen Stellung durch mehre der großen Staaten Deutschlands ist für die in dem eben bezeichneten Verhältnisse kleineren und kleinsten Staaten von überwältigend gebieterischem Charakter, und es gehört eine Seelenstärke, wie sie bei den Fürsten in Zeiten politischer Stürme nicht immer gefunden wird, dazu, um ohne die nothwendige Macht zur Behauptung seines guten Rechtes, doch nur an diesem Rechte festzuhalten. Es ist also das Bündniß zwischen den drei Kronen, soweit es den Zweck hat, ihren Verfassungsentwurf durchzuführen, eine Minderung der Selbstbestimmung, folglich der Unabhängigkeit und daher auch der Sicherheit der kleineren und kleinsten Staaten, welche doch als Glieder des deutschen Bundes gleiche Rechte haben. Mithin dürfte die Behauptung, das Bündniß der drei Kronen falle ganz vollständig in den Rechtsbereich des ersten Artikels, halte sich wirklich nur in den dort dem Bündnißrechte gezogenen Schranken, schon aus diesem Grunde so gar unanfechtbar nicht sein.

Aber das Bündniß der drei Kronen ist, sofern es Durchführung ihres Verfassungsentwurfes auch in dem Falle zum Zwecke hat, als mehre mächtige Bundesglieder sich nicht anschließen, den Beschränkungen des Bündnißrechtes im ersten Artikel des Grundvertrages des deutschen Bundes darum nicht gemäß, weil es die Sicherheit eben dieses Bundes in eminentem Grade bedroht. Denn gewiß ist die Sicherheit dies, sobald der Bestand des Bundes selbst gefährdet ist, und das ist derselbe durch das Bündniß der drei Kronen in der offenbarsten und äußersten Weise. Denn sie wollen einen neuen Bundesstaat, ein deutsches Reich, wie sie es zu nennen belieben, stiften, oder haben dasselbe vielmehr, soweit es sie selbst betrifft, bereits gestiftet; ein deutsches Reich, welches nach dem ersten § der von ihnen beschlossenen Verfassung, „nur aus dem Gebiete derjenigen Staaten des bisherigen deutschen Bundes besteht, welche die Reichsverfassung anerkennen.“



Das ist bare Auflösung des deutschen Bundes, wozu Preußen, Hannover und Sachsen und die ihnen schon beigetretenen oder noch beitretenen Bundesglieder kein Recht haben, womit sie vielmehr gegen den Grundvertrag und gegen die Wiener Schlusssakte handeln; denn in jenem ist der deutsche Bund, wie man nicht oft genug wiederholen kann, als ein beständiger Bund gestiftet, in dieser als ein unauflöslicher Verein anerkannt und geheiligt. Es geht mithin auch das Bündnißrecht der Bundesglieder nicht soweit, daß einige oder mehrere sich vereinigen dürfen, um die Beständigkeit des deutschen Bundes und seine Unauflöslichkeit zu vernichten, und die Verwandlung eines Theiles des bisherigen Staatenbundes in einen Bundesstaat, in „ein deutsches Reich,“ wie man ihn taufen will, zu verkünden. Nicht die Einwilligung mehrerer, sondern aller Bundesglieder zur Umwandlung des ganzen Staatenbundes in einen einzigen Bundesstaat ist Rechtsnothwendigkeit, wenn selbe gültig sein soll. Die Einwilligung aber aller Bundesglieder zu einem deutschen Theilbundesstaate oder Theilreiche ist vollendete rechtliche Unmöglichkeit.

Die Auflösung des deutschen Bundes ist in dem Rundschreiben vom 28. Mai d. J. einigermaßen zu beschönigen versucht, indem es daselbst heißt, daß denjenigen Regierungen gegenüber, welche zum Anschlusse an die Verfassung sich nicht veranlaßt finden, die aus den Verträgen von 1815 fließenden Rechte und Pflichten unverändert forbestehen. Aber die Rechte und Pflichten der Bundesglieder sind nicht bloß durch die Verträge von 1815 bestimmt; man hat also den unerhörten Schritt begangen, diejenigen Rechte und Pflichten, welche sich aus späteren organischen Bundesgesetzen und aus der Wiener Schlusssakte ergeben, ohne Weiteres zu streichen. Man mußte das, sofern man sich in die Lage setzen wollte, einen Bundesstaat zu stiften, dem sich nicht alle Glieder des deutschen Bundes anzuschließen vermögen: aber man hat dadurch den Rechtsboden, den Boden der Verträge verlassen, und sich, um es rein heraus zu sagen, auf den Boden der Revolution gestellt. Das sind Drachenzähne, die man gesäet hat, und die in furchtbarer Art aufgehen werden, denn das heilige Recht ist noch niemals ungestraft verletzt worden.

War denn die Gefahr, welche Deutschland bedrohte, wirklich so riesenhaft, so unabwendbar und so überwältigend, daß man



gleichsam als Nothwehr sich die Befugniß nehmen zu dürfen glaubte, die Initiative zur Auflösung des deutschen Bundes und zur Constituirung eines compacten Theilbundesstaates, eines sogenannten Kleindeutschland zu ergreifen? In dem Rundschreiben vom 28. Mai d. J. ist dies behauptet, aber die Thatfachen stimmen schlecht mit dieser Behauptung überein. Ja, im verflossenen Jahre schien es, als wäre eine der wesentlichsten Stützen der kaiserlichen Souverainetät und der staatlichen Ordnung, die bewaffnete Macht, zerbrochen und außer Stande, ihre hohe Bestimmung fortan zu erfüllen. In dem sinnverwirrenden Taumel der Monate März, April und Mai des vorigen Jahres mochte man sich hierüber täuschen. Aber schon der Sieg Radetzky's bei Custozza, die Einnahme von Mailand und die Befreiung der Lombardei bildeten den entscheidenden Wendepunkt, und diese Ereignisse bewiesen klar und deutlich vor jedermanns Augen, daß ein wohl Disciplinirtes, treues und tapferes Heer noch immer dem Aufruhr im Innern und dem Feinde von Außen gewachsen ist. Die Beweise dafür häuften sich in der schnellen Unterdrückung des Aufruhrs in Frankfurt, in der Bezwingung des rebellischen Wien, in der Herstellung der Ordnung in Berlin durch die bloße Anwesenheit einer ausgiebigen bewaffneten getreuen Macht unter einem entschlossenen und umsichtigen Führer. Von da an war das Spiel der extremen Partei in Deutschland, wie fein angelegt dasselbe sein, wie kühn es im Augenblicke des Losbruchs auftreten mochte, durchaus und gänzlich verloren, denn nirgends fehlte es an zahlreichen treuen Truppen und an kundigen Führern. Eine Hauptgefahr lag allerdings in der Möglichkeit der Verführung des Militärs, aber die Erfahrung hat bewiesen, daß sie nur in einem sehr kleinen Theile von Deutschland, unter ganz besonderen Verhältnissen stattfand, daß sie sich nicht weiter ausdehnte, und daß die Zahl der Verführten gegen die Masse der treuen Truppen in den deutschen Staaten unendlich gering ist. Unter so bewandten Umständen durfte es sogar zum politischen Wunsche sich gestalten, daß die Partei des Umsturzes sobald als möglich mit ihren im Finstern ausgebrüteten Plänen an das Licht trete, daß sie ihre Streitmittel entfalte und das Panier des Aufruhrs entrolle. Denn nur wenn der unerträgliche Zustand unaufhörlichen Wühlens und haarsträubender Ungesetzlichkeit, der von unverbesserlichen und zahl-



reichen Führern aufrecht erhalten wurde, und seinen immerdar bereiten Boden in einer verblendeten Menge fand, die sich politische Weisheit zuschrieb, — in der offen durch die Waffen zu bekämpfenden Gestalt der Empörung austrat, konnte man zuversichtlich hoffen, endlich die ewigen Feinde der Ordnung und des Gesetzes zu Boden zu schlagen, den verführten Massen über die Unvernunft, mit der sie gegen sich selbst wütheten, die Augen zu öffnen, und wieder einen erträglichen und gedeihlichen Zustand fester Ruhe und sicherer Ordnung herzustellen, der für das im Verarmen begriffene Deutschland von so unerläßlicher Nothwendigkeit ist wie dem Fische das Wasser zum Leben. Für eine solche Katastrophe, sie mochte wie und wo immer sich ereignen, mußten die deutschen Regierungen gerüstet sein, auf sie mußten sie sich vorbereiten, in ihrem Betreff mußten sie unter sich und mit der provisorischen Centralgewalt feste Verabredungen treffen, mußten sie ihre Truppen gegen die Krater der Partei des Umsturzes strategisch aufgestellt halten; was Alles zwar im Allgemeinen in dankenswerther Weise, aber doch aus verschiedenen Gründen nicht in solcher Vollständigkeit geschehen ist, wie es hätte geschehen können und sollen. Zuerst und vor Allem galt es, den Aufruhr wenn möglich im Keime zu ersticken, ihn wo er ausbrach mit der ganzen Wucht der militärischen Macht zu Boden zu treten, und in ganz Deutschland die ausnahmslose starke Herrschaft des Gesetzes wieder fest und unerschütterlich herzustellen. Sobald dieser Sieg der Ordnung über die Unordnung erfochten war, dann mußte ein allgemeiner deutscher Fürstencongreß berufen werden, um über die zweckmäßige Abänderung einiger Grundgesetze des deutschen Bundes, ja meinetwegen über Verwandlung desselben in einen Bundesstaat, obschon es von dessen unabweislicher Nothwendigkeit keine durchaus überzeugenden oder unwiderleglichen Beweise giebt, zu berathen und zu beschließen. Das war der natürliche, der dem deutschen Bundesrechte angemessene, ja der einzige Weg, um ohne Verletzung der theuersten Interessen einiger der wichtigsten und fast aller kleineren Bundesglieder mit der deutschen Revolution zu Ende zu kommen, und auf den Grundlagen des rechtlich unauflösblichen deutschen Bundes ein Gebäude aufzuführen, das dem in der authentischen Interpretation vom 11. Juni d. J. mit so pomp-haften Worten verkündeten Zwecke besser entspräche, als die von



den drei Kronen beschlossene und verkündete deutsche Reichsverfassung. Niemals wird diese Verfassung Deutschland dem Auslande gegenüber geben, was die verbündeten Regierungen ihrem Bundesstaat geben zu können sagen, indem sie sich der Worte bedienen, „sie wollen und bekennen für denselben dem Auslande gegenüber Einheit und Macht, ein einiges ungetheiltes mächtiges Deutschland, eintretend an die Stelle Preußens, Sachsens, Hannovers und aller übrigen Einzelstaaten und deren besonderen Interessen.“

Ein einiges ungetheiltes Deutschland! Schöner, großer, erhabener Gedanke, aber ach, warum immer nur Gedanke! Zu keiner Zeit ihrer Geschichte sind die Deutschen ganz einig gewesen, ausgenommen unter Heinrich dem Ersten gegen die Ungarn, und als nach dem Untergange des Reiches der auf Deutschland lastende Druck Napoleons endlich durch Russen, Preußen und Oesterreicher in der Schlacht von Leipzig gesprengt worden war. Und zu keiner Zeit war Deutschland dem Auslande gegenüber mächtiger als gerade unter dem deutschen Bunde, den die Liberalen aller Abstufungen so bitter verunglimpfen, den selbst viele sonst gemäßigte und einsichtsvolle Männer verkennen, von dem aber der Unbefangene das Urtheil fällen muß, daß derselbe eine der größten Schöpfungen der Neuzeit gewesen ist und über Deutschland unberechenbaren Segen verbreitet hat. Drei und dreißig Jahre ungestörten inneren und äußeren Friedens, die unter dem deutschen Bunde und durch ihn über Deutschland hinweggegangen sind, können nicht fortgeleugnet werden und bilden eine große in der Geschichte Deutschlands völlig einsam stehende Thatsache. Und wer, der des Jahres 1840 gedenkt, wird nicht durch die Erinnerung gehoben, wie einmüthig die Stimmung, ja die Begeisterung der deutschen Fürsten und Völker war, als Frankreich unter einem übermüthigen Ministerium Deutschland mit Krieg bedrohte! Damals zeigte sich, wie wohl berechnet die militärische Organisation des deutschen Bundes war, einer der wesentlichen Faktoren, der ihm die Achtung des Auslandes sicherte. Damals besaß Deutschland dem Auslande gegenüber Einheit und Macht, heut' zu Tage nicht im gleichen Grade, denn gestört ist die Einheit, dieser Grundpfeiler der Macht. Würde es nicht ein verdienstlicheres Werk gewesen sein, wenn die drei Kronen, nachdem in Folge des Scheiterns der Zu-



standebringung der Verfassung durch Vereinbarung der National-  
 versammlung mit den Regierungen die uneingeschränkte Rechts-  
 wirksamkeit des deutschen Bundes ohnehin vollkommen hergestellt  
 war, denselben als Palladium der deutschen Größe und Freiheit  
 anerkannt, seinen Grundbestimmungen nach gehandelt und dadurch  
 die „Einheit und Macht Deutschlands dem Auslande gegenüber“  
 wieder in altem Glanze hergestellt hätten, statt auf die Auflösung  
 des Bundes hinzuarbeiten, und eben dadurch der durch die Revo-  
 lution ohnehin verminderten Macht Deutschlands dem Auslande  
 gegenüber noch mehr Abbruch zu thun? Ja es kann nicht geleug-  
 net werden, daß die Bundesversammlung den deutschen Völkern  
 nicht alle die Wohlthaten gewährte, die sie ihnen zu gewähren  
 im Stande war; darf aber dies ein Grund sein, die Auflösung des  
 Bundes selbst zu erstreben, oder ist es nicht vielmehr eine ausge-  
 machte Wahrheit, daß bei einer naturgemäßen organischen Fort-  
 bildung er auch „dem Inlande gegenüber“ die Güter zu erringen  
 vermag, welche die drei verbündeten Regierungen in Aussicht stel-  
 len, indem sie aussprechen: „Sie wollen und bekennen für den  
 Bundesstaat dem Inlande gegenüber: ausschließliche oder ergän-  
 zende Leistung Dessen, was der einzelne Staat entweder gar nicht  
 oder nicht in erforderlichem Maße zu leisten im Stande ist; durch-  
 greifend endgültige Verfügung in Fällen, wo die Interessen der  
 Einzelstaaten sich berühren, insofern diese Staaten selbst die Diffe-  
 renzen unter sich nicht zum Abschlusse bringen und das Gemein-  
 wohl die Regelung des gestörten oder die Herbeiführung eines  
 gebesserten Zustandes fordert; Vorzeichnung von Linien, auf denen  
 sich die Regierungen der Einzelstaaten zur Förderung gemeinsamen  
 Nutzens in Bildung oder Entwicklung gemeinsamer Institutionen  
 begegnen und einigen können.“ Es liegt offen am Tage, daß es  
 zur Erreichung dieser zwar edlen, aber höchst vorsichtig, ja unvoll-  
 kommen und unklar ausgedrückten Zwecke keines Bundesstaates im  
 strengen Sinne dieses Wortes bedarf, sondern daß ein Staaten-  
 bund, mag man ihn immerhin der uralten Heiligkeit und des Zau-  
 bers des Namens wegen deutsches Reich nennen, mit einem Bun-  
 des- oder Reichsgerichte und mit einem Bundes- oder Reichs-  
 direktorium eben diese Zwecke, wenn nicht besser, doch mindestens  
 gleich gut und in viel größerem Maßstabe, für ganz Deutschland  
 nämlich, verwirklichen könne, als der projektierte oder vielmehr be-



schlossene Bundesstaat, welcher nimmermehr das ganze deutsche Vaterland umfassen wird!

Einer der Gründe, weshalb nicht alle deutschen Staaten diesem Bundesstaate beitreten werden, liegt schon in der seltsamen Form seines Entstehens, die ganz unregelmäßig ist, und deren Bundeswidrigkeit wir bereits satksam dargethan zu haben vermeinen. Wie schon gesagt, geht aus dem ganzen Contexte des sogenannten Verfassungsentwurfes, des Rundschreibens und der authentischen Interpretation hervor, daß die Verfassung beschlossene Sache ist, und daß die einzelnen deutschen Staaten ihr unbedingt beizutreten oder sie zu verwerfen haben. Wie kann man glauben, daß Fürstenhäuser wie die Wittelsbacher, welche seit sieben Jahrhunderten Herzoge von Baiern sind, durch eine solche Zumuthung, wenn sie sich auch nur stillschweigend versteht und nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, nicht in der innersten Seele verletzt sich fühlen müssen, und daß sie einzuwilligen geneigt wären, von ihrer hohen Stellung ohne Weiteres herabzusteigen! Dazu kommt bei Baiern als zweiter Grund, daß in der Verfassung, über welche sich die drei verbündeten Kronen vereinbart haben, sehr gewichtige Einwendungen der bairischen Regierung gegen die Frankfurter Verfassung nichts weniger als berücksichtigt, sondern die beanstandeten Artikel stehen gelassen oder höchst ungenügend modificirt, ja wohl gar in mancher Hinsicht verschärft worden sind \*). Ob diese Einwendungen nicht vollständige Berücksichtigung finden, was wohl nie geschehen wird, weil sie Punkte betreffen, mit denen das Wesen der Berliner Verfassung steht oder fällt, dürfte Baiern, es müßten denn schlechthin unvorhersehbare höchst außerordentliche Ereignisse eintreten, dem preussischen Bundesstaate um so weniger jemals beitreten, als es sein Verhältniß zu Oesterreich, vieler anderer und sehr gewichtiger Gründe zu geschweigen, schon darum zu ändern nicht geneigt sein kann, weil dann seine ganze strategische Lage höchst wesentlich gefährdet und verschlimmert würde, und weil der Anschluß an den projectirten deutschen oder vielmehr preu-

---

\*) Man sehe die lichtvolle Rede, welche von der Pfordten, der bairische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten zu München am 4. Juni d. J. über den Berliner Verfassungsentwurf gehalten hat.



fischen Bundesstaat, auch Kleindeutschland genannt, für diese Verschlimmerung keinen oder doch nur einen höchst unvollständigen Ersatz gewähren würde. Oesterreich aber hat man, statt es als vorstehende Macht des fortwährend zu Rechte bestehenden deutschen Bundes zu ehren, in schnöder Art aus Deutschland förmlich eliminiert.

So hätte man denn ein deutsches Reich mit Ausschluß Baierns und Oesterreichs, wahrscheinlich auch Württembergs, weil dieses Königreich bei dem Nichtbeitritte Baierns sich in ziemlich gleicher Lage befindet, in welche letzteres durch den Ausschluß Oesterreichs gebracht worden ist. Wenn nun, wie verlautet, auch Baden, wie schon Braunschweig und Mecklenburg gethan, und wie außer den kleineren Staaten Nord- und Mittel-Deutschlands vielleicht auch die beiden Hessen thun werden, die Berliner Verfassung anerkennen sollte, so hätte dieses sogenannte deutsche Reich das seltsamste Ungethüm einer strategischen Grenze, welches jemals in der Geschichte Europas vorgekommen ist. Deutschland ohne Oesterreich hätte keine Haltbarkeit\*), um wie viel weniger ohne Baiern und Württemberg. Was würde ein Heinrich der Erste, ein Otto der Große, ein Barbarossa, was die lange Reihe der Kaiser aus dem Hause Habsburg zu einem solchen deutschen Reiche sagen!

Die drei Kronen haben erklärt, daß „der neue Bundesstaat zu denjenigen Gliedern des bisherigen deutschen Bundes, welche sich ihm noch nicht anschließen möchten, zunächst in dem Verbande der Rechte und Pflichten verbleibt, welche aus der Bundesakte vom 8. Juni 1815 fließen.“ Wer sieht aber nicht ein, daß der deutsche Bund durch die Errichtung dieses „neuen Bundesstaates“ eine so wesentliche Aenderung und Störung erleidet, daß er, sollte dieser wirklich in das Leben treten, als aufgelöst, als gesprengt betrachtet werden muß? Die einfache Vergleichung der Bundesakte von 1815 mit der Verfassung dieses neuen Bundesstaates führt nothwendig zu einem solchen Urtheile, spräche die authentische Interpretation vom 11. Juni auch nicht mehrfach von einem bisherigen deutschen Bunde, hätte sie auch nicht jenen Verband der Rechte und Pflichten auf die Bundesakte von

---

\*) Die Gründe hat der bairische Minister von der Pfordten in seiner Rede vom 4. Juni mit schlagender Wahrheit auseinandergelegt.



1815 beschränkt \*), und wäre diese Beschränkung auch nicht durch den fatalen Beisatz demnächst verschärft. Da nun, je aufmerksamer man die Berliner Verfassung prüft, man je gewisser zu der Ueberzeugung kommt, daß, gleichwie der rheinische Bund unter dem Protektorate Napoleons stand, so dieser neue Bundesstaat nichts viel Besseres ist als ein nordischer Bund \*\*) unter dem Protektorate Preußens, so fragt sich nach dem Allen, ob Oesterreich, das ausgeschlossen wurde, und jene deutschen Staaten, die besagtem „neuen Bundesstaate“ nicht beitreten, sich bei Stiftung desselben beruhigen, sie wie man sagt als ein fait accompli einfach anerkennen, oder die ungeschmälerte Aufrechthaltung ihres deutschen Bundesrechtes verlangen. Im ersteren Falle lassen sie die große Sache Deutschlands im Stiche, im zweiten kann die ohnehin schon vorhandene Spannung zu unberechenbaren Ereignissen führen, in beiden Fällen ist Deutschland der leidende Theil, und sind die drei Kronen himmelweit entfernt, Deutschland durch den neuen Bundesstaat „dem Auslande gegenüber Einheit und Macht“ zu geben. Wenn Oesterreich, Baiern und die übrigen deutschen Staaten, die sich der Berliner Verfassung nicht anschließen, den deutschen Bund als aufgelöst betrachten, wie er es faktisch durch dieselbe ist, so kann nur durch längere Unterhandlungen festgestellt werden, in welchem Verhältnisse sie künftig zu dem „neuen Bundesstaate“ stehen wollen und werden. Eine Zeit der Ungewißheit, der peinlichen Erwartung, eines unfruchtbaren, ärgerlichen, ja verderblichen Provisoriums tritt ein, und Oesterreich, Baiern und die übrigen deutschen Staaten, die sich der Berliner Verfassung nicht anschließen, würden vollkommen gerechtfertigt sein, wenn sie zur Abwehr der Gefahren jenes Provisoriums und zur allseitigen Wahrung ihrer eigenen Sicherheit unter sich auch festen Bund schlossen. Dann sind die schlimmsten Zeiten Deutschlands, deren Wiederkehr unmöglich zu machen der deutsche Bund berufen

\*) Wie ganz anders handelte Oesterreich? Trotz der schmählischen Behandlung durch die deutsche Nationalversammlung, die es aus Deutschland förmlich herausstieß, erklärte es, daß es alle seine Pflichten, also nicht bloß die aus der Bundesakte von 1815 fließenden, gegen den deutschen Bund erfüllen werde, was es auch bis zu diesem Augenblicke treulich gehalten hat.

\*\*) Bekanntlich wollte Preußen nach Stiftung des Rheinbundes einen norddeutschen Bund errichten.



und geeignet war, und Letzteres auch durch dreißigunddreißig Jahre unumstößlich bewiesen hat, abermals herbeigeführt.

Wir heben von vielen Gefahren, die mit dem sogenannten „neuen Bundesstaat“ verknüpft sind, nur eine einzige hervor. Frankreich, obschon es bei den gegenwärtigen Umständen am Rheine den ehrenhaften Willen beweiset, von der Empörung keinen Nutzen zu ziehen, wird in dem Bundesstaate nach Einrichtung der Berliner Verfassung niemals ein deutsches Reich, sondern immer nur einen engen Bund mehrerer deutschen Staaten unter dem Protektorate Preußens, eine Vergrößerung der Macht dieses kriegerischen Staates, eine Störung des bisher mit so vieler Weisheit aufrecht erhaltenen politischen Gleichgewichtes erblicken. Die Macht Frankreichs wird diesem um so Vieles verkleinert erscheinen, als ihm die Macht Preußens durch das Protektorat über den ganzen deutschen Norden und über einen Theil von Mittel- oder gar Süddeutschland vergrößert erscheint. Einen solchen Zustand abzuändern wird ihm dann seine Politik vorschreiben, denn nicht den deutschen Bund, dessen Grundsatz war, niemals einen Angriffskrieg zu führen\*), sondern unter dem vorausgesetzten Beitritte Hessendarmstadt's und Badens zu der Berliner Verfassung, Preußen würde es als seinen westlichen Nachbar betrachten. Das kommt einer totalen Veränderung der Stellung Frankreichs zu Preußen und zu den deutschen Staaten, die sich diesem anschließen, gleich, und wohin diese Veränderung über kurz oder lang führen würde, braucht keinem Einsichtsvollen auseinanderzusetzen zu werden. Volle Sicherheit für Deutschland gab es nur durch den

---

\*) Der 35. Artikel der Wiener Schlussakte lautet: „Der Bund hat als Gesamtmacht das Recht, Krieg, Frieden, Bündnisse und andere Verträge zu schließen. Nach dem im zweiten Artikel ausgesprochenen Zwecke übt derselbe aber diese Rechte nur zu seiner Selbstvertheidigung, zur Erhaltung der Selbstständigkeit und äußeren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Bundesstaaten aus.“ Keine solche für die Nachbarstaaten Deutschlands beruhigende Einschränkung findet sich in der Berliner Verfassung, es heißt vielmehr in ihrem 10. §. nackt und einfach: „Der Reichsgewalt ausschließlich steht das Recht des Krieges und Friedens zu;“ und der 72. §. lautet eben so nackt: „Der Reichsvorstand (also Preußen nach §. 84.) erklärt Krieg und schließt Frieden.“ Auf den unermesslichen Unterschied braucht kein denkender Leser erst aufmerksam gemacht zu werden.



deutschen Bund, seine Auflösung ist für dasselbe das größte Unglück, seine Wiederherstellung unter Einführung gewisser heilsamer Einrichtungen der einzige Rettungsanker. Das wird die Antwort auf jene Apostrophe der drei verbündeten Regierungen im Rundschreiben vom 28. Mai 1849 sein, welche so lautet: „Auf dem bezeichneten Wege hoffen die Regierungen sich mit allen verständigen und wohldenkenden Männern der Nation zu begegnen, mit Allen, denen das wahre Wohl Deutschlands am Herzen liegt, mit Allen, welche, von der ganzen Bedeutung des Augenblicks durchdrungen, eines unbefangenen Urtheils über die Lage des Vaterlandes fähig sind.“

Welcher Verlust, welche unheilbare todbringende Wunde es für Deutschland wäre, wenn Oesterreich von demselben geschieden würde, hat der bayerische Minister von der Pfordten in seiner berühmten Rede vom 4. Juni d. J. in höchst ergreifender Weise auseinandergesetzt, und in unwiderleglicher Art nachgewiesen. Mit Recht hat dieser echt deutsche Mann gesagt: „Wenn wir uns von Oesterreich trennen würden, muß nach meiner besten Ueberzeugung ausgerufen werden: *Finis Germaniae!*“

Von der Pfordten hat zur Zeit seiner Rede die Denkschrift der drei verbündeten Regierungen, gegeben Berlin den 11. Juni 1849, welche von ihnen als authentische Interpretation ihres Reichsverfassungsentwurfes und als von diesen selbst für untrennbar erklärt worden ist, nicht gekannt. In dieser Denkschrift heißt es wörtlich: „Wenn schon hieraus (nämlich aus der versuchten Rechtfertigung der Fassung des §. 1 der Berliner Verfassung) von selbst einleuchtet, daß der neue Bundesstaat zu denjenigen Gliedern des bisherigen deutschen Bundes, welche sich ihm noch nicht anschließen möchten, zunächst in dem Verbande der Rechte und Pflichten verbleibt, die aus der Bundesakte vom 8. Juni 1815 erwachsen, so hat doch der Beziehungen zu Oesterreich noch besondere Erwähnung geschehen müssen. Die zu dem deutschen Bunde gehörigen Theile Oesterreichs sind durch die dem Kaiserstaate verliehene Verfassung vom 4. März d. J. in ein staatliches Verhältniß zu der österreichischen Gesamttmonarchie getreten, welches eine erneuerte Erwägung ihrer Stellung zu den übrigen Gliedern des deutschen Bundes unabwendlich erscheinen ließ. Hierzu so wie zu einer umfas-



senderen Vereinbarung zwischen dem österreichischen Gesamtstaate und dem deutschen Bundesstaate die Wege völlig frei zu erhalten, ist der Zweck des dem §. 1 beigefügten Zusatzes \*).

Wie der Verfassungsentwurf die Spuren der Eilefertigkeit an sich trägt, und nur zu häufig nicht nur der Bündigkeit und Gedrungenheit, sondern auch der Klarheit des Ausdruckes entbehrt, so auch die Denkschrift vom 11. Juni, die wahrhaftig kein stylisches Meisterstück ist, und während sie als authentische Interpretation zu gelten hat, selbst wieder in nur zu vielen Stellen einer neuen authentischen Interpretation bedarf, denn mit der rein logischen, ja nicht einmal mit der rein grammatikalischen Auslegung gebehrt man darin nicht allenthalben zum Verständnisse. Einer der schlimmsten Passus in der Beziehung ist der vorcirtirte in Betreff Oesterreichs.

Auf was bezieht sich das so ganz entscheidende Fürwort ihrer? Substituirt man statt des Fürwortes die Redetheile, die es vertreten soll, so erhält man als Lesart, die zunächst durch die Grammatik geboten ist, folgenden Satz: „Die zu dem deutschen Bunde gehörigen Theile Oesterreichs sind durch die dem Kaiserstaate verliehene Verfassung vom 4. März in ein staatliches Verhältniß zu der österreichischen Gesamtmonarchie getreten, welches eine erneuerte Erwägung der Stellung der österreichischen Gesamtmonarchie zu den übrigen Gliedern des deutschen Bundes unabwendlich erscheinen ließ.“ Aber das „ihrer“ läßt auch eine andere Substitution zu, durch welche man folgende Lesart erhält: „Die zu dem deutschen Bunde gehörigen Theile Oesterreichs sind durch die dem Kaiserstaate verliehene Verfassung vom 4. März d. J. in ein staatliches Verhältniß zu der österreichischen Gesamtmonarchie getreten, welche eine erneuerte Erwägung der Stellung der zu dem deutschen Bunde gehörigen Theile Oesterreichs zu den übrigen Gliedern des deutschen Bundes unabwendlich erscheinen ließ.“ Das hat der Concipient

---

\*) §. 1. der Berliner Verfassung lautet: „Das deutsche Reich besteht aus denjenigen Staaten des bisherigen deutschen Bundes, welche die Reichsverfassung anerkennen. (Zusatz:) Die Festsetzung des Verhältnisses Oesterreichs zum Reiche bleibt gegenseitiger Verständigung vorbehalten.“



der Denkschrift wahrscheinlich sagen wollen, aber wirklich gesagt hat er es nicht. Der ganze Satz ist hölzern und unbeholfen, und hätte, dafern die zweite Substitution der Redetheile statt des Fürwortes „ihrer“ die richtige ist, in folgender Fassung doch wenigstens keinem Doppelsinne Raum gelassen, nämlich: „Die zu dem deutschen Bunde gehörigen Theile Oesterreichs sind durch die dem Kaiserstaate verliehene Verfassung vom 4. März d. J. zu dem österreichischen Gesamtreiche in ein staatliches Verhältniß getreten, welches eine erneuerte Erwägung ihrer Stellung zu den übrigen Gliedern des deutschen Bundes unabwendbar erscheinen ließ.“

Aber auch in rektificirter Gestalt ist der Satz ein abenteuerlicher, und darum im höchsten Grade bedenklich, weil er den Zweck des Zusatzes zu §. 1. der Berliner Verfassung erklären soll. Wenn, wie es in diesem Zufage heißt, das Verhältniß Oesterreichs zu dem deutschen Reiche gegenseitiger Verständigung vorbehalten bleibt, so hätte man diese Verständigung durch die authentische Interpretation nicht erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen dürfen. Wie kann man in derselben sagen, man habe sich durch diesen Zusatz „zu einer umfassenderen Vereinbarung zwischen dem österreichischen Gesamtstaate und dem deutschen Bundesstaate die Wege völlig frei erhalten wollen?“ Wollte man das wirklich, so hätte man die Verfassung nicht so einrichten sollen, daß Oesterreich durch sie von Deutschland ausgeschlossen wäre, falls sie wirklich in das Leben treten sollte, was noch einigermaßen bezweifelt werden darf. Und was soll denn der seltsame Ausdruck „umfassendere Vereinbarung zwischen dem österreichischen Gesamtstaate und dem deutschen Bundesstaate?“ Es besteht ja gar keine Vereinbarung zwischen dem ersten und dem letzteren, folglich kann man von einer umfassender werden sollenden Vereinbarung nicht reden. Dieser deutsche Theilbundesstaat, dieses deutsche Theilreich hat noch gar kein völkerrechtliches Dasein, sondern muß erst erwarten, ob es ein solches durch die Anerkennung Oesterreichs und der übrigen europäischen Mächte erlangen werde. Bevor diese Anerkennung nicht erfolgt ist, sind keine Unterhandlungen zwischen dem österreichischen Gesamtreiche und dem der völkerrechtlichen Existenz baren „deutschen Bundesstaate“ möglich. Oesterreich kennt, so lange es in die Zerreißung des deutschen Bundes nicht willigt,



was wohl schwerlich je geschehen wird, in diesem angeblichen Bundesstaate nur Glieder des deutschen Bundes, und nur als mit solchen kann es mit ihnen unterhandeln, kann sie aber auch zur allseitigen Erfüllung ihrer Bundespflichten und zur Unterlassung alles Dessen, was diesen widerspricht, auffordern.

Eben deshalb gewinnt jener Satz der Denkschrift oder authentischen Interpretation, den wir einer gerechten sprachlichen Kritik unterworfen haben, so hohe Bedeutung. Er hat im Wesentlichen den Sinn: „Oesterreich hat sich durch die Verfassung vom 4. März d. J. von Deutschland getrennt, daher haben wir das Recht es als getrennt zu betrachten.“ Daß dies der eigentliche Sinn sei, ergiebt sich schon aus der Entgegenstellung im zunächst vorhergehenden Satze. Denn in diesem wird gesagt, daß der neue Bundesstaat zu den sich ihm nicht anschließenden Gliedern des bisherigen deutschen Bundes zunächst im Verbande der aus der Bundesakte vom 8. Juni 1815 erwachsenden Rechte und Pflichten bleibe, und dem wird entgegengestellt, daß der Beziehungen zu Oesterreich noch besondere Erwähnung (im §. 1. der Berliner Verfassung) habe geschehen müssen. Also zu den nicht sich anschließenden Gliedern des bisherigen deutschen Bundes bleibt der neue Bundesstaat demnächst im Verbande der Rechte und Pflichten, zu Oesterreich hat er nur noch Beziehungen! Was kann das vernünftiger Weise anderes heißen, als der neue Bundesstaat betrachte so streng von Deutschland schon Oesterreich geschieden, daß dasselbe mit ihm auch nicht mehr im Verbande jener Rechte und Pflichten stehe, die aus der Bundesakte vom 8. Juni 1815 erwachsen? Wozu die Stellung der zu dem deutschen Bunde gehörigen Theile Oesterreichs zu den übrigen Gliedern dieses Bundes erst erwägen, wenn man nicht die vorgefasste Ansicht hätte, daß das bisherige Band zwischen ihnen durch die Verfassung vom 4. März gelöst sei? Denn hätte man diese Ansicht nicht, so würde es keine Ursache geben, etwas zu erwägen. Was man bei dieser Erwägung eigentlich beabsichtigt, ist klar angegeben, nämlich eine umfassende Vereinbarung zwischen dem österreichischen Gesamtstaate und dem deutschen Bundesstaate. Da es nun ein allgemein bekannter Satz des öffentlichen Rechtes ist, daß zwischen einem großen Staate wie Oesterreich und einem Bundesstaate, der sich ein Reich nennt, kein innerstaatsrechtliches,



sondern nur ein völkerrechtliches Verhältniß obwalten kann, so ist der Ausdruck Vereinbarung hier gleichbedeutend mit Unterhandlung, indem man jenen engeren Ausdruck statt dieses weiteren nur gebrauchte, um so viel als möglich für den Augenblick noch zu verschleiern, daß man Oesterreich aus Deutschland vollständig ausgeschieden betrachte, daß man Oesterreich als einen Gesamtstaat, ein Reich für sich, und so auch den neuen deutschen Bundesstaat als einen Gesamtstaat, ein Reich für sich ansehe.

Die Annahme, daß Oesterreich durch die Verfassung vom 4. März sich von Deutschland völlig geschieden habe, ist durchweg unhaltbar und ein bloßer Vorwand, um die Constituirung eines deutschen Bundesstaates ohne Oesterreich nach Möglichkeit zu rechtfertigen. Als im Jahre 1806 das deutsche Reich zusammenstürzte, sprach Kaiser Franz die Vereinigung seiner bisherigen deutschen Provinzen und Reichsländer mit dem ganzen österreichischen Staatskörper aus, welcher in dieser Gestalt von allen europäischen Mächten ohne Ausnahme anerkannt worden ist. In den Verhältnissen zu diesen Mächten gab es kein Königreich Böhmen, kein Königreich Ungarn, kein Erzherzogthum Oesterreich, sondern nur das aus den eben genannten und andern Königreichen und Fürstenthümern bestehende Kaiserthum Oesterreich. Am 8. Juni 1815 wurde die Bundesakte unterzeichnet, und es lautete ihr erster Artikel, nicht etwa: „Alle vormaligen Reichsländer bilden den deutschen Bund,“ sondern: „Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands, mit Einschluß Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich und der Könige von Preußen, von Dänemark und der Niederlande, und zwar der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen, beide für ihre gesammten, vormalig zum deutschen Reiche gehörigen Besitzungen, der König von Dänemark für Holstein, der König der Niederlande für das Großherzogthum Luxemburg, vereinigen sich zu einem beständigen Bunde, welcher der deutsche Bund heißen soll.“ Indem der Kaiser Franz von Oesterreich für seine sämmtlichen ehemals zum deutschen Reiche gehörigen Provinzen mit den genannten Königen und Fürsten den beständigen deutschen Bund schloß, war nicht ausgesprochen, ja nicht einmal im Geringsten angedeutet, daß dabei das Verhältniß gedachter Provinzen zu der österreichischen Gesamtmonarchie irgend in Betracht komme, oder



gar immer genau dasselbe bleiben müsse. Sie blieben in untrennbarer Vereinigung mit dem ganzen österreichischen Staatskörper nach wie vorher, und Europa kannte die österreichische Monarchie immer nur als eine Einheit, als eine Großmacht, die nicht geschieden war in die Provinzen, für welche der Kaiser Franz mit jenen Königen und Fürsten sich zum deutschen Bunde vereinigt hatte, und in jene Provinzen, für welche er sich in dieser Art nicht vereinigt hatte. Wenn nun der Kaiser Franz am 4. März 1816 der österreichischen Monarchie ganz die bis zum Wortlaut gleiche Verfassung wie die vom 4. März 1849 ertheilt hätte, wie würde seine Weisheit gepriesen worden sein, wie hätte man in Deutschland frohlockt über das große Maß der allen Kronländern gewährten Selbstständigkeit, mit welcher Freude darin nicht die Bürgerschaft für den nun vollends unerschütterlichen Zusammenhang derselben mit Deutschland erblickt! Und wenn, um Alles zu krönen, der Kaiser Franz sich erboten hätte, nicht bloß für die vormals zum deutschen Reiche gehört habenden, sondern für alle seine Kronlande dem deutschen Bunde beizutreten, welcher Jubel würde alle Gauen Deutschlands durchschallt haben!

Im Mai 1849 aber will man in derselben Verfassung, die selbst noch vor zwei Jahren von allen Deutschen mit endlosen Freudenbezeugungen begrüßt worden sein würde, eine Selbsttrennung Oesterreichs von Deutschland erblicken. Und doch enthält diese Verfassung nicht ein Wörtchen, nicht die leiseste Andeutung, daß Oesterreich aus dem deutschen Bunde scheide; keine einzige Verfügung, woraus mit auch nur dem geringsten Scheine von Logik die Unthunlichkeit, geschweige die Unmöglichkeit gefolgert werden könnte, daß es in demselben bleibe. Sind in dieser Verfassung auch nur im Mindesten die Grenzen jener alten zum römisch-deutschen Reiche gehört habenden Länder verwischt und eine totale Zusammenschmelzung derselben verfügt? Im Gegentheile werden das Erzherzogthum Oesterreich ob und unter der Enns, das Herzogthum Salzburg, das Herzogthum Steyermark, das Herzogthum Kärnthen, das Herzogthum Krain, die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska, die Markgrafschaft Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete (die letzteren fünf Provinzen unter dem Namen Königreich Illyrien), die gefürstete Grafschaft Tyrol und Vorarlberg, das Königreich Böhmen, die Markgraf-



schaft Mähren, das Herzogthum Ober- und Niederschlesien (österreichischen Antheiles versteht sich) als Kronländer aufgeführt, denen ihre Selbstständigkeit innerhalb der von der Reichsverfassung gezogenen Beschränkungen gewährleistet wird. Und daß diese Selbstständigkeit groß ist, muß jeder, der sich die Mühe nimmt, die österreichische Reichsverfassung zu prüfen, gestehen. Oder sind etwa die ehemals zum deutschen Reiche gehört habenden Provinzen, für welche der Kaiser von Oesterreich noch fortwährend Bundesglied ist, mit den übrigen nichtdeutschen Kronländern zusammengewürfelt? Nicht im Geringsten, alle Kronländer sind in Bezug auf einander selbstständig, keines ist dem andern irgendwie unterworfen, kein Volksstamm ist herrschend, und jeder hat das unverletzliche Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache, wie dies auch sowohl die Frankfurter als die Berliner Verfassung festsetzt. Es kann daher von Unterjochung des deutschen Elementes in dem österreichischen Kaiserreiche nicht die Rede sein. Soll etwa der zweite Paragraph der Reichsverfassung der Stein des Anstoßes sein, weswegen Oesterreich als aus Deutschland ausgeschieden betrachtet werden müsse? Derselbe lautet: „Die Kronländer bilden die freie, selbstständige, untheilbare und unauflösliche constitutionelle österreichische Erbmonarchie.“ Eine selbstständige, untheilbare und unauflösbare Erbmonarchie haben diese Kronländer vorlängst gebildet; neu sind nur die Prädikate frei und constitutionell, und die werden doch wahrlich kein Grund sein, weswegen Oesterreich aus Deutschland ausscheiden solle, sind vielmehr Grund zu noch innigerem und festerem Zusammenhang.

Oder besorgt man etwa, daß der österreichische Reichstag den Kaiser je verhindern könne, seine Pflichten gegen den deutschen Bund zu erfüllen, daß es also besser sei, Oesterreich scheide sofort aus demselben, als daß Deutschland in irgend einer dereinstigen sehr schwierigen Lage seines Beistandes entbehre, wann es desselben am meisten bedarf? Aber der Grundvertrag des deutschen Bundes, dessen vornehmstes Mitglied Oesterreich ist, sowie die Rechte und Pflichten, die aus diesem Grundvertrage fließen, fallen ganz und gar nicht unter die Cognition des österreichischen Reichstages, denn dieser Vertrag ist um ein Menschenalter früher geschlossen und muß gehalten werden. Ist dem Bunde militärische



Hülfe nothwendig, so bedarf es keiner Zustimmung des Reichstages, weil der Kaiser den Oberbefehl über die gesammte bewaffnete Macht führt, und allein über Krieg und Frieden entscheidet. Geldhülfe allerdings könnte unter einem Zusammenflusse gewisser Umstände von der nichtdeutschen Mehrheit des österreichischen Reichstages abgelehnt werden. Aber die Kronländer sind in Betreff ihrer Landeseinnahmen und sowohl der ordentlichen als der außerordentlichen Landesausgaben vom Reichstage unabhängig, und es übt in Ansehung der Landesangelegenheiten der Kaiser die gesetzgebende Gewalt im Vereine mit den Landtagen aus. Der Monarch würde sich daher an die Landtage jener Kronländer, welche vormals zum deutschen Reiche gehörten und für die er noch jetzt deutsches Bundesglied ist, wegen jener Geldhülfe wenden, und sie würde von diesen gar nicht dürfen verweigert werden. Es ist ja dieser Bundesschutz übrigens ein gegenseitiger; er kommt auch besagten Kronländern zu Gute, wenn sie von einem Feinde angegriffen werden. Und endlich verhindert die österreichische Reichsverfassung nicht im Geringsten, daß der Kaiser für die ganze Monarchie dem deutschen Bunde beitrete, was bis zu einem gewissen Grade ja faktisch ohnehin der Fall gewesen ist. Bei einem Kriege, in welchen Deutschland etwa verwickelt worden wäre, mit Frankreich z. B., was 1840 sehr nahe war, würde Oesterreich den Deutschen nicht bloß mit Truppen aus den deutschen Erblanden, sondern auch aus Galizien, Ungarn, der Militärgrenze und Italien beigestanden haben, wie dies ja, so lange die Herren der österreichischen Monarchie auch römische Kaiser gewesen sind, in so zahlreichen Reichskriegen geschehen ist, in denen viele Reichsstände sie nur zu oft und zu schmählich im Stiche gelassen haben. Es mag allerdings zugegeben werden, daß ein Beitritt mit der ganzen Monarchie auf Schwierigkeiten in ihr stoßen würde, allein diese sind durchaus nicht als unbesiegbar zu betrachten, denn der Reichstag würde das dadurch zu erwerbende große Gut einsehen, erhöhte Sicherheit nämlich und erweitertes Handelsgebiet in erster Linie.

Die außerordentlich großen Vortheile, welche Deutschland gewönne, wenn ganz Oesterreich mit ihm in inniger Verbindung wäre, und die durchaus außerordentlichen Nachtheile, welche Deutschland bei einem völligen Ausscheiden Oesterreichs träfen,



hat der baierische Minister von der Pfordten in seiner mehrerwähnten Rede, welche zu lesen und zu beherzigen allen Deutschen dringend empfohlen werden muß, mit eben so erhabener Begeisterung als ergreifender Wahrheit auseinandergesetzt, wie es besser wahrlich von Menschenmund nicht geschehen kann. So einleuchtend und so wünschenswerth sind jene Vortheile, so niederschmetternd und riesenhaft diese Nachtheile, daß man schlechtthin nicht begreifen kann, wie bei dem Anerbieten Oesterreichs, mit der ganzen Monarchie zu Deutschland zu treten, die Frankfurter Linke, die sich dadurch gewiß nicht mit Ehre bedeckt hat, in ein Hohngelächter ausbrechen konnte. Aber auch in rein menschlicher Beziehung wäre die innige und unauflösliche Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich ein unermesslicher Gewinn. Die Kriege, die im vergangenen Jahre in verschiedenen Theilen Europas tobten und die in diesem Jahre toben, haben Partien aufzuweisen, die der schlimmsten Zeiten des dreißigjährigen Krieges würdig sind. Stehen nun Deutschland und Oesterreich in dem angedeuteten innigen Verhältnisse, so würden die Kriege sich verselten; die kleineren Staaten würden, wie in den dreißig Jahren der unverminderten Wirksamkeit des deutschen Bundes, gar nicht wagen, zum Kriege zu schreiten; die Großmächte würden es nur in den außerordentlichsten Fällen thun. Ja es ist, wenn Oesterreich und Deutschland von derselben auswärtigen Politik geleitet würden, nicht zu viel das stolze Wort des Königs Friedrichs des Zweiten von Preußen zu wiederholen, daß ohne ihre Erlaubniß kein Kanonenschuß in Europa losgeseuert werden darf.

Wenn nun die österreichische Reichsverfassung vom 4. März d. J. dem Anschlusse von ganz Oesterreich an Deutschland nicht hindernd entgegensteht, geschweige dieselbe jenes je zu hindern vermag, seine dormaligen Bundespflichten zu erfüllen: so fällt das ganze Gewebe von Trugschlüssen, mit denen man Unkundige überzeugen will, durch jene Verfassung habe Oesterreich sich selbst von Deutschland geschieden, über den Haufen. Die Stellung jener österreichischen Länder, für die Oesterreich 1815 dem noch immer zu Rechte bestehenden deutschen Bunde beigetreten ist, zu dessen übrigen Gliedern ist durch die Verfassung vom 4. März nicht verändert worden; es erscheint also „eine erneuerte Erwägung dieser Stellung“ nicht bloß nicht als „unabwendbar,“ sie



ist vielmehr im äußersten Grade überflüssig; ist nur eine verschleierte Erklärung, daß Oesterreich aus dem deutschen Bunde ausgeschieden sei, ja daß man diesen selbst als gar nicht mehr bestehend betrachte. Mögen die Urheber der Berliner Verfassung sich mit ihrem apodiktischen Sage, „die Feststellung des Verhältnisses Oesterreichs zum deutschen Reiche bleibt gegenseitiger Verständigung vorbehalten,“ nur nicht täuschen. Oesterreich, welches noch immer der vorsitzende Staat des dem Rechte nach fortwährend bestehenden deutschen Bundes ist, welches wie immer Deutschland sich gestalten möge, auf den prädominanten Rang in demselben den unverjährbaren und unveräußerlichen Anspruch hat, muß sich durch die Berliner Verfassung und deren authentische Interpretation auf das Tiefste verletzt und sowohl in seinen Rechten als in seiner Würde gekränkt fühlen. Oesterreich ist kein Staat, dem man, um einen Ausdruck des gemeinen Lebens zu gebrauchen, den Stuhl vor die Thüre setzen darf; die Väter aller jetzigen deutschen Fürsten haben vielfach von den Vätern des jetzigen österreichischen Kaisers knieend ihre Lehen empfangen. Wollen jetzt, wie eine kleine Mehrheit des Frankfurter Parlamentes in unverantwortlicher Art versucht hat, auch drei deutsche Könige und die sich ihnen anschließenden Fürsten Oesterreich aus Deutschland hinausdrängen, nun anbetteln wird es sich sicher nicht, und unterordnen kann und darf es sich nicht. Oesterreich ist mächtig genug, um für sich selbst zu bestehen; Deutschlands dauernder Bestand ohne Oesterreich ist nicht gesichert. Er ist dies nicht, selbst wenn außer Oesterreich alle übrigen deutschen Staaten, was von Baiern kaum denkbar, sich der Berliner Verfassung unterwerfen. Und hier müssen wir, weil wir selbst nichts Besseres vorzubringen vermögen, die zentnerschweren Betrachtungen von der Pfordtens anführen. „Dieses von Oesterreich getrennte Deutschland,“ sagt der bayerische Minister des Aeußeren in seiner berühmten Rede vom 4. Juni, „ist politisch nicht haltbar. Es wird eingeschlossen sein zwischen drei mächtigen, nach innen concentrirten, nach außen starken Staatskörpern, zwischen Rußland und Frankreich, die diesen Charakter schon haben, und zwischen Oesterreich, welches durch diese Scheidung von Deutschland jenen Gang der Centralisation gehen muß. Aber nicht bloß sich innerlich mehr und mehr zu concentriren, wird Oesterreich gezwungen,



sondern es wird auch mehr und mehr ein slawischer Staat werden. In diesem concentrirten Oesterreich bilden die Deutschen die Minderzahl; sie werden die Minderzahl sein auf dem österreichischen Reichstag, im österreichischen Heer, im österreichischen Staatsdienst, in seinem ganzen staatlichen Leben. Sie werden dem Gesetze der Natur, daß mehr und mehr die Mehrzahl über die Minderzahl den Sieg davon trägt, nicht entgehen können. Es ist dann der weltgeschichtliche Boden des germanischen Stammes um ganz Oesterreich gemindert, und es ist dieses Kleindeutschland zwischen drei mächtigen Staaten anderer Nationalität eingeklemt, die ihm nicht nur nicht befreundet, sondern sehr leicht feindlich gegenüber treten können. Soll dieses Deutschland dem Drange von Rußland, Frankreich und des slawisirten Oesterreich gegenüber sich halten können? Betrachten wir die Grenzen! Nirgend eine natürliche Grenze, die zum Schutz und zur Vertheidigung dient; offenes Land von allen Seiten, und wie lang ausgedehnt sind diese Landesgrenzen vom Rhein, vom Bodensee bis nach Memel! Welche ungeheure Anstrengung wäre erforderlich im Fall eines kriegerischen Konflikts, um diese Grenzen zu vertheidigen gegen Rußlands und Oesterreichs vereinigte Macht! Aber auch gegen Frankreich ist keine Schutzwehr als die Grenze, welche Frankreich bald als die natürliche bezeichnen und dann den ersten Schritt in dieses Kleindeutschland machen wird. Es kennt keine andere Grenze als die Rheingrenze, und wer ein deutsches Herz im Busen hat, wird es nicht dahin kommen lassen. Es würde auch bald der Drang, den der Weichselstrom nach der Ostsee zeigt, ein politischer werden, und ich frage, woher die Kräfte nehmen, ihm zu widerstehen und zu verhüten, daß jene Grenzen nicht anders gezogen werden, als sie jetzt gezogen sind? Ich will noch darauf hindeuten, wie der Süden Deutschlands, wie Baiern umschlungen ist von diesem Oesterreich, das bisher durch seinen deutschen Charakter ihm befreundet war, aber sein Feind werden muß, wenn es ein Slawenreich wird. Noch einmal, dieses Kleindeutschland ohne Oesterreich kann sich nicht halten, es wird über kurze oder lange Zeit dem politischen Tode verfallen, es wird den drei Reichen, die es umklammern, zur Beute werden!“

Die Urheber der Berliner Verfassung sprechen in deren authentischer Interpretation die „feste und zuversichtliche Hoffnung“



aus, „daß der neue Bundesstaat das gesammte Gebiet des Bundes von 1815 umfassen werde.“ Ist dies wirklich ihre feste und zuversichtliche Hoffnung, so haben sie sich selbst das Armuthszeugniß ihrer Schöpferkraft einer neuen politischen Ordnung von Bestand ausgestellt, denn widersinniger kann wohl schwerlich etwas sein, als Oesterreich von vorn herein den Scheidebrief von Deutschland zu schreiben, und dann doch hoffen, ja sogar fest und zuversichtlich hoffen, daß der neue Bundesstaat das gesammte Gebiet des Bundes von 1815 umfassen werde, das heißt, daß Oesterreich sich der Berliner Verfassung, die es in Allem, was großen Staaten und Fürsten am theuersten ist, so bitter verletzt, unterwerfen werde. Freiwillig wird dies ganz gewiß nicht geschehen, dafür bürgt das Ehrgefühl Oesterreichs, dafür bürgt seine feierliche Erklärung, daß es sich unterordnen nicht werde und nicht könne. Oder denkt man etwa daran, die Unterordnung in was immer für einer schon verabredeten oder noch im Schooße der Zukunft ruhenden Art zu erzwingen? Nichts von dem Allen, jene feste und zuversichtliche Hoffnung ist nichts als eine schöne Phrase des Concipienten der authentischen Interpretation, eine Phrase, welche die Thatsache der Schöpfung eines Kleindeutschland, das nicht einmal Baiern, geschweige Oesterreich in sich fassen wird, so gut es geht, verschleiern soll. Das ist jedenfalls sehr wenig staatsmännisch. Derlei Phrasen, wo die Thatsachen in das Gesicht schlagen, gehören in keine Staatsschrift.

Wenn die Urheber der Berliner Verfassung wirklich die feste und zuversichtliche Hoffnung, daß der neue Bundesstaat das gesammte Gebiet des Bundes von 1815 umfassen werde, gehegt haben sollten, so haben sie höchst inconsequent gehandelt, indem sie in jene Verfassung Alles aufnahmen, was Oesterreich schlechthin in die Unmöglichkeit versetzt, dem neuen Bundesstaate beizutreten. Preußen hat die Frankfurter Kaiserwahl abgelehnt, und hat Recht daran gethan. Jetzt aber, nachdem es eine Verfassung vorgelegt und deren Annahme von Seiten Hannovers und Sachsens bewirkt hat, aus welcher Verfassung alles ihm Mißliebige jener der deutschen Nationalversammlung theils ganz ausgemerzt, theils in ihr außerordentlich gemildert ist, nimmt es keinen Anstand als eines der Grundgesetze des neuen Bundesstaates oder deutschen Reiches, wie man diese Theilschöpfung getauft hat, zu verkünden: „Die



Würde des Reichsvorstandes ist mit der Krone von Preußen verbunden.“ Dieser Reichsvorstand ist von dem erblichen Kaiser der Frankfurter Versammlung in Nichts wesentlich verschieden; er führt die Reichsregierung, er übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reiches und der einzelnen deutschen Staaten aus, er erklärt Krieg und schließt Frieden, kurz vereinigt in sich die ganze Exekutivgewalt, und es ist die Reichsvorstandschafft erblich in dem Hause Hohenzollern, denn sie ist mit der Krone von Preußen verbunden, das heißt, der jedesmalige König von Preußen ist Reichsvorstand. In der authentischen Interpretation wird der Reichsvorstand Reichsoberhaupt genannt; so nannte man auch in den Zeiten des heiligen römischen Reiches den Kaiser; mit einem Worte: Kaiser und Reichsoberhaupt sind synonym. Wie könnte, da Oesterreich so feierlich erklärt hat, daß es sich unterordnen nicht werde und nicht könne, für dasselbe in einem Bundesstaate mit einem Reichsoberhaupte Platz vorhanden sein! Auch in der authentischen Interpretation findet sich nicht das Geringste, welches irgend eine Möglichkeit böte, daß Oesterreich je in den Bundesstaat der Berliner Verfassung trete. Letztere stellt dem Reichsoberhaupte ein Fürstencollegium zur Seite, an dessen Spitze das Reichsoberhaupt die Reichsregierung führt, und welches unter dem Voritze des Reichsoberhauptes das Recht des Gesetzworschlages hat. Nun heißt es in der authentischen Interpretation wörtlich: „Die das Fürstencollegium betreffenden Theile des dritten Abschnittes haben im Uebrigen zur Zeit auf der Grundlage beruhen müssen, daß Oesterreich gehindert ist, mit einem Theile seines Centralstaates, mit seinen deutsch-österreichischen Bundeslanden in den Bundesstaat einzutreten, der nach der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen dem übrigen Deutschland nicht länger vorenthalten werden darf, in einen Bundesstaat mit deutschem Parlament, das in Volkshaus und Staatenhaus gegliedert ist. Sollte diese Behinderung vor Zusammentritt des nächsten (deutschen) Reichstages indeß thatsächlich gehoben sein, und die Gewißheit vorliegen, daß das deutsche Reich, auf dessen glorreichen Namen der Bundesstaat nicht hat verzichten wollen, auch seiner räumlichen Größe nach in einer und derselben lebenskräftigen Vereinigung aller Bruderstämme jetzt wieder herzustellen ist, so werden alsdann auf dem Wege gegenseitiger Verständigung diejenigen



Modifikationen eintreten, die der erste Paragraph des Entwurfes bezüglich des Verhältnisses Oesterreichs zu dem deutschen Reiche in umfassender Weise vorbehält." Das Alles hat klar und offenbar folgenden Sinn. Oesterreich hat nur die Wahl, in den von den verbündeten Regierungen beliebten Bundesstaat einzutreten oder es nicht zu thun; von einer Abänderung der wesentlichen Bestimmungen dieses Bundesstaates kann keine Rede sein, da er ja, wenigstens wie die verbündeten Regierungen verkünden, derjenige ist, der dem übrigen Deutschland nicht länger vorenthalten werden darf. Nichts soll, wenn Oesterreich eintreten will, eine Abänderung erleiden, als die das Fürstencollegium betreffenden Theile des dritten Abschnittes, weil ja dieselben auf der Grundlage beruhen, daß Oesterreich zur Zeit behindert sei, mit seinen deutsch-österreichischen Bundeslanden in den Bundesstaat zu treten. Es wird also, im Falle seines Eintrittes, das Fürstencollegium statt aus sechs aus sieben Stimmen bestehen; Oesterreich wird ein Mitglied desselben sein und allenfalls in ihm in Behinderung Preussens den Vorsitz führen. Vielleicht auch, daß, um den Eintritt Oesterreichs zu erleichtern, der §. 77 der Berliner Verfassung, welcher lautet: „Das Fürstencollegium faßt seine Beschlüsse durch absolute Majorität der anwesenden Bevollmächtigten,“ einige Abänderung erleidet, weil es doch nicht ganz billig erscheint, daß die Stimme Oesterreichs nur soviel wiegen soll als etwa die Gesamtstimme Kurhessens, Hessen-Darmstadts, Luxemburg und Limburgs, Nassaus, Waldecks, Schaumburg-Lippes, Lippes und Frankfurts am Main. Vielleicht gar, daß man Oesterreich im Fürstencollegium zwei Stimmen zu geben sich herbeiliese. Ja das Höchste aber kaum Denkbare wäre, daß man Oesterreich das Recht einräume, in gewissen Hauptfällen den Beschlüssen des Fürstencollegiums ein Veto entgegen zu setzen. Das ist so ziemlich die Gesamtheit der Modifikationen, die man etwa eintreten lassen würde. An eine Abänderung der Bestimmungen aber, daß Preußen Reichsoberhaupt sei und die ganze Fülle der Exekutivgewalt in sich vereinige, ist um so weniger zu denken, da sie zu dem wesentlichen Gepräge der Verfassung jenes Bundesstaates gehören, der ja dem übrigen Deutschland nicht länger vorenthalten werden darf, das heißt, demselben absolut nothwendig ist, und die Bedingung seines ferneren staatlichen Lebens bildet. In einen Bundesstaat mit ei-



nem Reichsoberhauptes kann Oesterreich nur dann eintreten, wenn es selbst dieses Oberhaupt ist; einem anderen Oberhauptes kann und darf es sich nicht unterordnen, das verbieten seine Interessen, seine Würde, seine historischen Erinnerungen. Solche Erinnerungen stehen in gleichem Umfange und von gleichem Alter Preußen allerdings nicht entgegen, denn noch der Vater des jetzigen Königs war Vasall des römisch-deutschen Kaisers Franz des Zweiten: aber wir sehen ein und geben gern zu, daß auch Preußen durch seine Interessen, durch seinen eminenten Rang als europäische Großmacht und durch sein gerechtes Selbstgefühl gehindert wird, sich einem andern Fürsten als Reichsoberhauptes zu unterordnen. Daraus folgt aber nur, daß ein alle deutschen Länder in sich schließender Bundesstaat unter einem Reichsoberhauptes zu den politischen Unmöglichkeiten gehört, und daß man, wenn man einen deutschen Gesamtbundesstaat, folglich mit Einschluß Oesterreichs, wirklich und ernstlich will, immer auf ein Direktorium oder eine ähnliche Combination wird zurückkommen müssen. Wenn jene gewaltigen Ellipsen, in denen die Planeten sich um die Sonne bewegen, zwei Mittelpunkte haben, warum sollte nicht auch das staatliche Leben Deutschlands sich um zwei Mittelpunkte bewegen? Sind doch im deutschen Bunde Oesterreich und Preußen diese beiden Mittelpunkte gewesen; es käme nur darauf an, eine praktische Combination zu erfinden, die auch in einem Bundesstaate zwei Mittelpunkte zuließe, und das dürfte, wenn man es ernstlich will, so unmöglich gewiß nicht sein. Hatte doch Rom zwei Consuln und schrieb der Welt Gesetze vor! Doch wohin lasse ich mich von den Gebilden der Vorwelt verführen! Die nackte, traurige Thatsache der Gegenwart ist der Entschluß der verbündeten Regierungen, die Berliner Verfassung in das Leben zu rufen, obschon sie die mathematische Gewißheit haben, daß Oesterreich nicht in ihren Bundesstaat eintreten kann, und daß eben deshalb und auch sonst Baiern durch seine theuersten Interessen am Eintreten gehindert wird, Baiern, das mit der schärfsten Klarheit die Nothwendigkeit erkannt und ausgesprochen hat, Oesterreich nicht zurückzustößen, sondern es im Verbande mit Deutschland festzuhalten und es zu demselben in ein so inniges Verhältniß als nur immer möglich zu bringen.

Gesetzt den undenkbaren Fall, Oesterreich ordnete sich doch unter und ließe sich Preußen als Reichsoberhaupt gefallen, so



müßte noch zuvor manche wichtige Bestimmung des Berliner Vertrages wesentlich abgeändert werden. So heißt es am Schlusse des §. 82: „Dem Reichsvorstande stehen diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Verfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind.“ §. 10. lautet: „Der Reichsgewalt ausschließlich steht das Recht des Krieges und Friedens zu,“ es ist also dieses Recht dem Reichstage in keiner Art zugewiesen. Und damit ja nicht der leiseste Zweifel entstehe, verfügt §. 72: „Der Reichsvorstand erklärt Krieg und schließt Frieden.“ Da nun nach der authentischen Interpretation zwar „bei allen dem Reichsvorstande als solchem ausschließlich übertragenen Attributionen, der Kriegserklärung und dem Friedensschlusse, der Leitung des völkerrechtlichen Verkehrs, der Ernennung des Reichsministeriums u. s. w. die Ausübung der entsprechenden Rechte des Reichsvorstandes dennoch in einem fortwährenden inneren Zusammenhange mit der Thätigkeit des Fürstencollegiums bleibt,“ so liegt allerdings in dieser Erklärung eine gewisse Nöthigung, sich mit dem Fürstencollegium über Krieg und Frieden zu berathen; weil aber doch das Recht der Kriegserklärung und des Friedensschlusses zu den „dem Reichsvorstande ausschließlich übertragenen Attributionen“ gehört, so ist der Reichsvorstand befugt, dieses Recht gegen den Rath der Mehrheit des Fürstencollegiums, ja gegen dessen einstimmigen Rath, ja ohne dasselbe auch nur zu befragen (unabweisliche Dringlichkeit vorschüßend), in Ausübung zu bringen. Oesterreich würde von dem Range, den es als europäische Großmacht einnimmt, herabsteigen, ja es würde sich aller wesentlichen und entscheidenden Theilnahme an den großen Angelegenheiten unseres Welttheiles entschlagen, wenn es in einen Bundesstaat träte, in welchem Preußen als Reichsoberhaupt das ausschließliche Recht der Kriegserklärung und des Friedensschlusses zuerkannt bliebe. Ganz eben so verhält es sich in Betreff der Bestimmung des §. 73: „Der Reichsvorstand schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstages, insoweit diese in der Verfassung vorbehalten ist.“ (Nach §. 100 nur, wenn Handels- Schiffahrts- und Auslieferungsverträge mit dem Auslande geschlossen werden, sowie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten.)



Unvereinbar mit der Würde und den Interessen Oesterreichs, falls doch das Unglaubliche geschähe und es in den zu Berlin geschaffenen Bundesstaat träte, wäre schlechterdings der §. 6, lautend: „Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung des Reiches und der einzelnen deutschen Staaten aus. Die Reichsgewalt stellt die Reichsgesandten und die Consuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich die Handels- und Schiffsverkehrsverträge, sowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.“ Und dem entsprechend der §. 71: „Der Reichsvorstand übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reiches und der einzelnen deutschen Staaten aus: Er stellt die Reichsgesandten und Consuln an und führt den diplomatischen Verkehr.“ Es bedarf nicht der geringsten Auseinandersetzung, daß Oesterreich in einen Bundesstaat, der solche Bestimmungen enthält, nimmermehr eintreten kann; der Kaiser von Oesterreich würde dann förmlich unter der Vormundschaft Preußens stehen.

In andere mit der Ehre und den Interessen Oesterreichs im ärgsten Widerstreite liegenden Bestimmungen der Berliner Verfassung einzugehen, dürfte überflüssig sein. Die oberflächlichste Durchlesung des zweiten Abschnittes, der von der Reichsgewalt handelt, muß jeden überzeugen, daß es für Oesterreich unmöglich ist, die bei weitem größere Mehrzahl der darin aufgestellten Verfügungen sich gefallen zu lassen. Wir wollen nur noch §. 2. hervorheben, welcher lautet: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben. In die Regierung und Verwaltung des deutschen Landes dürfen nur deutsche Staatsbürger berufen werden. Die Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung hat in einem solchen deutschen Lande dieselbe verbindliche Kraft wie in den übrigen deutschen Ländern.“ Dieser Artikel, der übrigens aus der Frankfurter Verfassung wörtlich in die Berliner hinüber genommen ist, scheint wie geflissentlich erfunden, um Oesterreich den Eintritt in jeden sonst wie immer gearteten Bundesstaat, sobald er einen solchen Artikel enthält, unmöglich zu machen. Im März erst hat der Kaiser Franz Joseph seiner Monarchie eine ein-



heitliche Verfassung gegeben, Selbstständigkeit der Kronländer mit besonderen sehr umfassende Rechte besitzenden Landtagen, und mit einem allgemeinen Reichstage, und im Mai muthet man dem Monarchen zu, diese Verfassung, falls er anders in den Bundesstaat der verbündeten Fürsten eintreten will, soweit zu widerrufen, daß die deutschen Bundesländer unter diesem allgemeinen Reichstag nicht stehen und eine eigene Regierung haben sollen!

Der §. 4, welcher lautet: „Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein im Reiche regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen,“ kann ereignenden Falls schwere Konflikte herbeiführen. Wenn die Linie des dormal regierenden Hauses Hannover ausstirbt, so fällt die Thronfolge in dem gleichnamigen Königreiche an den Herzog von Clarence oder seine männlichen Nachkommen. Nun kann es geschehen, daß einer dieser Nachkommen König von England ist; derselbe würde also zur Regierung von Hannover nicht gelangen können. Oder umgekehrt, er ist König von Hannover, und wird kraft Erbfolgerechtes auf den englischen Thron berufen; derselbe würde also die Regierung von Hannover abtreten müssen. Die Frage ist aber, ob der in allen fünf Welttheilen mächtige König von England eine solche Bestimmung vollziehen würde. Und dergleichen Eventualitäten mehr.

Das aristokratische Element, welches nun einmal in der menschlichen Gesellschaft besteht, nicht zu vertilgen ist, und wo es vertilgt scheint, immer wieder hervorbricht und sich geltend macht, findet sich in der Berliner Verfassung so gut wie gar nicht berücksichtigt. Zwar hat sie die Bestimmung der Frankfurter Verfassung: „Der Adel als Stand ist aufgehoben,“ nicht aufgenommen, und es sagt hierüber die authentische Interpretation: „Zu einer solchen Aufnahme sei kein Grund vorgelegen, und sie habe um so mehr unterbleiben müssen, als nach Anerkennung der Grundsätze: „Vor dem Gesez gilt kein Unterschied der Geseze;“ „alle Standesvorrechte sind abgeschafft;“ „die Deutschen sind vor dem Geseze gleich;“ mit dem Worte „Stand“ hier kaum noch ein bestimmter Begriff zu verbinden gewesen sei. Nichts stehe im Wege, daß der Bauernstand, der Handwerkerstand u. s. w. gewisse besondere Rechte



in Anspruch nehmen; auch habe die Verfassung selbst gewisse Stände nicht nur als solche bezeichnet, sondern ihnen auch besondere Vorrechte zuerkannt, wie dem Lehrerstande und dem Richterstande.“ Aber was hilft es, wenn die Verfassung den Adel (der übrigens nicht die einzige Art der Aristokratie ist) als Stand zwar nicht aufhebt, aber ihn doch sonst in der Wurzel seines, in unverändertem Ansehen durch die Jahrhunderte bisher gesicherten Bestehens antastet. Denn es lautet der §. 168. der Berliner Verfassung ganz gleichlautend mit dem §. 170. der Frankfurter: „Die Familienfideicommissse sind aufzuheben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Ueber die Familienfideicommissse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten.“ Und die authentische Interpretation läßt sich über diesen §. also vernehmen: „Der Gesetzgebung der Einzelstaaten wird es obliegen, die Aufhebung der Familienfideicommissse nach dem Grundsatz der Unverletzlichkeit des Eigenthums zu ordnen, eine Aufgabe, deren Lösung um desto größere Vorsicht und Sorgfalt erfordert, je verschiedenartiger die Rechtsverhältnisse sind, welche man unter jenem Namen zusammenzufassen pflegt.“ Die Warnung verdient Dank, aber aufgehoben sollen die Fideicommissse nichts desto weniger doch werden, und das soll nach dem Grundsatz der Unverletzlichkeit des Eigenthumes geschehen. Letzteres ist unmöglich, denn die Familienfideicommissse sind Familieneigenthum, es ist also ihre Aufhebung ohne Zustimmung aller Interessenten stets eine Eigenthumsverletzung. Allerdings darf der Staat aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohles Familienfideicommissse aufheben, wenn der Landbesitz durch sie so beschwert ist, daß die Nachtheile, die dadurch für die Landeswohlfahrt entstehen, erwiesen sind. Aber in wie wenigen deutschen Staaten giebt es Fideicommissse in solcher Zahl, daß die Landeswohlfahrt darunter leidet? Nimmt man dem Adel in den Familienfideicommissen sein bleibendes Familieneigenthum, so zerknickt man ihn. Und sollen denn auch die Familienfideicommissse der mediatisirten, vormaligen Reichsstände aufgehoben werden, jener Familien, die schon zur Zeit der französischen und schwäbischen Kaiser semperfrei und allen Königen und Kaisern ebenbürtig waren? Das Recht der Ebenbürtigkeit wurde ihnen allerdings vorbehalten, aber was würde dieser Vorbehalt



helfen, wenn nach Aufhebung der Familiensfideicommiss ihr Besizthum in viele Theile zersplittert und im Laufe der Zeit zu Nichts einschrumpfen würde!

Die Denkschrift der drei verbündeten Regierungen vom 11. Juni, welche authentische Interpretation der Berliner Reichsverfassung ist, beruft sich auf „das Bedürfnis der Gegenwart und das Recht der Wirklichkeit.“ Den letzteren Ausdruck kann man, wenn man will, in einem Gedichte schön finden, aber in einer Staatschrift, in welcher es auf jedes Wort ankommt, und ganz besonders eine so feierliche Anrufung von Bedeutung ist, sollte er nicht vorkommen. Die Wirklichkeit ist: — ist aber kein Recht; wäre das Gegentheil der Fall, so würde Alles, was wirklich ist, auch das Recht haben, so und nicht anders zu sein, als es eben ist. Mit andern Worten, es wäre die Wirklichkeit zum Kriterium des Rechtes erhoben, was zu sehr bedenklichen Consequenzen führen würde, die keinem denkenden Leser auseinanderzusetzen zu werden brauchen. Aber da eine Staatschrift nicht Unsinn, sondern Sinn sagen will, so fragt sich, was scheint die authentische Interpretation mit dem lediglich dichterischen und bildlichen, und auch dann noch immer sehr gewagten Ausdrucke „Recht der Wirklichkeit“ haben sagen wollen? Nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten, denn in die Geheimnisse eines Staatschriftconcipten, der sich dichterischer Ausdrücke bedient, ist so leicht nicht zu dringen, ungefähr so viel. Die Wirklichkeit stürmt dermaßen in uns ein, hat uns die Nothwendigkeit irgend einen Schritt zur Constituirung Deutschlands zu thun, in so unabweislicher Art aufgezwungen, daß wir denn endlich den Schritt, den wir nach reiflicher Ueberlegung als den besten erkannten, gethan und einen Bundesstaat, wie er den deutschen Völkern „nicht länger vorenthalten werden darf,“ errichtet haben. Reiflich immerhin mag dieser Schritt erwogen worden sein, aber richtig erwogen ist er nicht worden. Dieser Bundesstaat stößt Oesterreich aus und zieht Baiern nicht an, und so hat man denn Kraft des „Rechtes der Wirklichkeit“ nichts weiter gethan, wie die Geschichte einer nahen Zeit lehren wird, als die Grundlagen, auf welchen Mitteleuropa seit dem Jahre 1815 so sicher ruhte, noch weit unwiederbringlicher, als es die Stürme dieses und des vergangenen Jahres gethan haben, im innersten Kerne erschüttert.